

POLIZEI REPORT

G 46983

Nr. 45

März 2012

Personalratswahl 2012



Stärke braucht Stimmen

BEZIRKSGRUPPEN SÜDOSTHESSEN UND OSTHESSEN IN DER
GEWERKSCHAFT DER POLIZEI, POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V.
UND DER PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der
Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Fulda,
Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg
PAST Langenselbold, PAST Bad Hersfeld, PAST Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-
arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

A. Jochum, St. Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Jörg Schumacher
Pestalozzistraße 13, 63179 Oberthausen

GdP BZG Osthessen

V.i.S.d.P. Ewald Gerk, Rehweg 2, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort: Vorbild sein und Wertschätzung erfahren	Seite 5	Ein Messerangriff kann lebensgefährlich sein Auch Mensch: Gewalt gegen Polizeibeamte	Seite 31
PR-Wahlen Osthessen: Unseren Kandidaten die Stimme geben	Seite 9	Mentoringprojekt für Frauen in der GdP	Seite 33
Personalratswahlen im PP Südosthessen	Seite 13	Vortrag von Prof. Hengsbach: Verdrängt die grüne Frage die soziale Gerechtigkeit	Seite 34
DuZ: Anerkennung sieht anders aus	Seite 17	Matthias Krönung neuer DEG-Leiter in Fulda	Seite 35
PP Osthessen: Andreas Böhm neuer Leiter der PD Vogelsberg Wolfgang Bommer neuer Leiter der Pst Fulda	Seite 19	Herzlich Willkommen beim PP Südosthessen	Seite 37
DRMod II: Kurze Zusammenfassung des vorgelegten Entwurfs	Seite 21	Irene Dietz geht in Altersteilzeit	Seite 39
Unschuldsumutung gilt auch für Polizeibeamte	Seite 23	KG Fulda: 25 Jahre Polizeiposten Neuhof	Seite 41
Alles Jahre wieder (Infos von Jens Mohrherr)	Seite 25	Michael Otto geht in Ruhestand	Seite 46
Neuzugänge beim PP Osthessen		Otto Naderer geht in die Freistellungsphase	Seite 49
Aprilausflug des Landesseniorenvorstandes in die Rhön	Seite 28	Jutta Schütz im Bundesfachausschuss Verwaltung	Seite 49
Vom Hörensagen über das Erstgespräch bis hin zur stabilen Unterstützung	Seite 29	Peter Schwan wurde in Ruhetand verabschiedet KG Main-Kinzig: Pensionärsweihnachtsfeier	Seite 50
		"Tu was" - GdP-Sternfahrt für Zivilcourage	Seite 53

Vorbild sein und Wertschätzung erfahren

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Rücktritt von Bundespräsident Christian Wulff am 17. März fand viel Beachtung in den Zeitungen und Diskussionsrunden der Fernsehanstalten. Vorausgegangen war eine seit mehreren Monaten andauernde öffentliche Diskussion, ob Christian Wulff als niedersächsischer Ministerpräsident den Landtag in Hannover entsprechend den Paragraphen des dortigen Ministergesetzes vollumfänglich unterrichtet hatte. Christian Wulff hat sich, so ist den Veröffentlichungen zu entnehmen, für die Finanzierung eines Hauskredits, von Urlaubsreisen und dgl. der Unterstützung von Freunden und Bekannten bedient. Inwieweit dies strafrechtlich zu würdigen ist, obliegt jetzt der Staatsanwaltschaft in Hannover.

Man fragt sich, was ist an einem solchen Verhalten eigentlich zu beanstanden? Macht so etwas der „Otto-Normal-Verbraucher“ nicht auch, ist dies somit ohne Belang. Bei einem Ministerpräsidenten und/ oder gar Bundespräsidenten ist dies schon von Bedeutung, da die Grenze des „noch“ duldbaren Verhaltens sicherlich deutlich enger zu ziehen ist.

Ein Ministerpräsident oder gar der Bundespräsident sollten Vorbilder sein und sich dementsprechend auch vorbildlich verhalten.

Aber was ist ein Vorbild? Wikipedia erklärt dies wie folgt: „Vorbild ist eine Person, die als richtungsweisendes und idealisiertes Muster oder Beispiel angesehen wird. Im engeren Sinne ist Vorbild eine Person, mit der ein – meist junger – Mensch sich identifiziert und dessen Verhaltensmuster er nachahmt oder nachzuahmen versucht. Während umgangssprachlich unter „Vorbildern“ meist Personen verstanden werden, die dem Betreffenden oftmals überhaupt nicht nahestehen, aber bewusst als Modell gewählt werden, weil sie bei ihm hohes Ansehen genießen, beschäftigen Soziologen und Psychologen sich eher mit Rollenmodellen im unmittelbaren sozialen Umfeld (Eltern,), deren Verhalten unbewusst nachgeahmt wird...“

Unter den Maßstäben des Vorgenannten komme ich zum eindeutigen Entschluss, dass dies ein längst überfälliger Rücktritt war. Gleichwohl ist ebenfalls die Diskussion, ob der Zurückgetretene den Ehrensold von 199.000 Euro erhalten soll oder nicht, nicht nachvollziehbar. Auch hier kann man nur zum eindeutigen Ergebnis kommen, dass die Gründe für den Rücktritt ausschließlich Christian Wulff selbst zu verantworten hat und er deshalb so viel Ehrgefühl besitzen sollte um darauf verzichten.

Treffend sagte es der ehemaligen Bundesinnenminister Gerhard Baum, dass Herr Jurist sei und als Anwalt kann man ganz gut leben könne.

Von der großen bundesdeutschen Politikbühne will ich hier auf die hessische Polizei zu sprechen kommen. Gibt es nicht auch bei der Polizei Personen, die Vorbilder für andere Polizistinnen und Polizisten sein sollen? Ich glaube schon! Die Führungskräfte des höheren Dienstes zähle ich uneingeschränkt dazu, aber auch die Dienststellenleiter und sonstigen Führungskräfte des gehobenen Dienstes. Ihnen sind Kolleginnen und Kollegen anvertraut, denen sie Vorbild im Handeln und Verhalten sind bzw. sein sollten. Von „ganz normalen“ Beamten/-innen und Tarifbeschäftigten wird eine neutrale und gesetzeskonforme Dienstausbübung bzw. Dienstverrichtung erwartet. Findet man beanstandungswürdiges Verhalten, schlägt das Dienstrecht in „voller Härte“ zu. Wer beanstandet und bewertet dieses Verhalten? Es sind die vielen Führungskräfte/Vorgesetzten, die dies tun (müssen), und deshalb tragen sie eine hohe Verantwortung für eigenes Handeln und Auftreten.

Wie steht treffend in der Bibel (Matthäus 7,3): „Was siehst du den Splitter im Auge deines Nächsten, aber den Balken in deinem Auge nimmst du nicht wahr?“

Wie war es in den zurückliegenden Jahren? Wie oft wurden wir als GdP-Funktionäre dafür beschimpft und mit Unverständnis betrachtet, wenn wir das Verhalten von Führungskräften, die intern schlechte Stimmung oder das zweierlei Maß, das angewandt wurde, öffentlich angeprangert haben. Nestbeschmutzer war dabei noch ein schmeichelhafter Begriff mit dem man uns betitelte. Wir zeigten die Missstände trotzdem auf! Und das war gut so!

Innenminister Boris Rhein, beendete wenige Wochen nach seiner Amtsübernahme die Führungskultur „des Systems Nedela“ mit Versetzung des LPP in den einstweiligen Ruhestand. Aber war es ausreichend, nur das sichtbare Geschwür „herauszuschneiden“? Gibt es vielleicht noch Metastasen dieses „Systems Nedela“, die unter der sprichwörtlichen Decke weiterwuchern? Wir hoffen nicht!

Die Chance für einen Neuanfang muss genutzt werden und all den vorbildlichen Führungskräften muss der Rücken gestärkt werden, die selbst unter dem jetzt infrage gestellten Führungssystem litten.

Für wichtig und richtig halten wir die Entscheidung der politisch Verantwortlichen, erkannte Missstände und Fehlentscheidungen durch den von breitem Vertrauen in der Polizei getragenen Ansprechpartner Henning Möller aufarbeiten zu lassen. Auch wenn es bei dem einen oder anderen Führungsverantwortlichen auf Unverständnis hervor ruft, ist es wichtig, dass der Neuanfang auf Vertrauen und gegenseitige Wertschätzung begründet ist.

Verursachtes Unrecht ist, soweit möglich, wieder gutzumachen und die dafür Verursacher müssen dafür in die Verantwortung genommen werden - ohne Ansehen der Person oder der von ihnen begleiteten Position.

Untrennbar mit dem Begriff Vorbild ist der Begriff der Wertschätzung zu sehen. In der Literatur heißt es dazu: „...Wertschätzung bezeichnet die positive Bewertung eines anderen. Sie gründet auf eine innere allgemeine Haltung anderen gegenüber. Wertschätzung betrifft einen Menschen als Ganzes, sein Wesen. Sie ist eher unabhängig von Taten oder Leistung, auch wenn solche die subjektive Einschätzung über eine Person und damit die Wertschätzung beeinflussen. Wertschätzung ist verbunden mit ‚ und ‚. Das Gegenteil von Wertschätzung ist ‚bis hin zur ...‘. Dieser Ausführung ist nichts hinzuzufügen.

Bezug nehmend auf diese Erklärung fragt man sich, und das zunehmend öfter, warum diese Art Wertschätzung nur allzu selten festzustellen ist. Wenn man Wertschätzung wahrnimmt, handelt es sich im überwiegenden Maße um die immaterielle Wertschätzung. Diese ist von außerordentlicher Bedeutung, sie allein macht aber nicht „satt“. Denn dazu bedarf es zusätzlich der materiellen Anerkennung.

Der GdP-Slogan: „Die Polizei hat und ist Mehrwert“ bringt es auf den Punkt. Die Polizei ist mehr Wert, ist eine Feststellung, die

- | bei der inhalts- und zeitgleichen Übertragung des Tarifergebnisses,
 - | bei der finanziellen Entlohnung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten,
 - | der Gewährung von Zusatzurlaub für geleistet Nachtdienste,
 - | der Anerkennung des gefahren geneigten Berufes des Polizeibeschäftigten,
 - | bei der Beihilfe,
 - | bei Vorsorgekuren.
 - | oder gar der Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen für den gehobenen Dienst
- leider vergeblich gesucht wird.

Wo bleibt die Wertschätzung für die Beschäftigten des Schicht- und des Wechselschichtdienstes?

Seit Jahren dümpelt die Entlohnung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten bei etwa 2,50 Euro herum. Jeder weiß, welche Unbill unsere Kolleginnen und Kollegen auf sich nehmen, wenn sie nachts oder am Wochenende arbeiten. Von einer Teilhabe am gesellschaftlichen (Privat-) Leben kann man nicht mehr sprechen. Eine echte Wertschätzung wäre es, wenn es pauschal für alle Stunden außerhalb der normalen Tagesarbeitszeit pauschal 5 Euro pro Stunde gäbe.

Wo war die Wertschätzung für die Beamtinnen und Beamten,

... als die CDU-Landesregierung in 2004 die Wochenarbeitszeit auf bis zu 42 Stunden erhöhte. Nichtvorhandenes Personal sollte durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit rechnerisch ersetzt werden. Die Folgen für die einzelne Mitarbeiterin, den einzelnen Mitarbeiter interessierte auf der Regierungsbank niemanden. Das ist unserer Meinung nach das Gegenteil von Wertschätzung - das ist !

Wo war die Wertschätzung für den Polizeiberuf,

... als die CDU-Landesregierung 2008 den Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage beschloss. In jedem Wahlkampf, ob Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahl, gibt es nicht eine Wahlkampfveranstaltung, in der nicht die Parteipolitiker die gute Arbeit der Polizei in unserem Land hervorheben und zudem noch ihre Partei als die Erfinder dieses hohen Sicherheitsstandards hinstellen. Nach dem Motto: Wählerstimmen auf Kosten der Polizeibeschäftigten gewinnen wollen, aber nachher die Pensionskürzungen mit beschließen.

Wo war die Wertschätzung für die Beamtinnen und Beamten,

... als der Tarifabschluss zeit- und inhaltgleich zu übertragen gewesen wäre. Zu teuer, nicht finanzierbar. Begriffe wie Haushalt sanieren und Schuldenbremse musste herhalten, damit man den Beamtinnen und Beamten nicht 100 Prozent des Tarifabschlusses übertragen musste.

Wo ist die Wertschätzung für die Tarifbeschäftigten,

... wenn es darum geht, längst überfällige Höhergruppierungen vornehmen zu sollen. Seit Jahren gibt es keine Höhergruppierungsprogramme mehr, von denen insbesondere die Tarifbeschäftigten außerhalb der Zentralverwaltungen profitieren müssten.

Wo bleibt die Wertschätzung für die Auszubildenden (Tarifangestellte),

... die nach ihrer Ausbildung bei der Polizei nicht mehr automatisch in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Die Liste der Fragen „Wo bleibt die Wertschätzung...“ ließe sich noch seitenweise fortführen. Die GdP und ihre Vertreter vor Ort formulieren sie tagtäglich in den Gesprächen und Verhandlungen mit Dienststellen- und Behördenleitern, den Kommunal- und Landespolitikern und mit all den anderen politisch Verantwortlichen. Erfolge gibt es immer wieder, wenn es auch manchmal nur der Tropfen ist, der den Stein zum sichtbaren Erfolg aushöhlt.

Im Mai sind Personalratswahlen. Es gibt zwei Botschaften: Unter allen Umständen Wählen gehen und DEINE Stimme ganz klar für die GdP.

Euer



Ewald Gerke

BZG-Osthessen

**Die Solidarität in und mit GdP ist das Stärkste,
was die Beschäftigten haben.**

Diese Stärke braucht DEINE Stimme!

Unseren Kandidaten die Stimme geben



Die GdP ist in Osthessen die mitgliederstärkste Berufsvertretung der Polizei. Sie hat in ihren Reihen viele engagierte Kolleginnen und Kollegen die bereit sind, zusätzliche Arbeit auf sich zu nehmen und sich für die Rechte aller, für bessere Arbeitsbedingungen, für sachgerechte Entscheidungen stark zu machen und einzusetzen. Sie stehen für zuverlässige und engagierte Arbeit im Personalrat.

Sie stellen sich vom 21. bis 25. Mai auf den Listen der GdP zur Wahl.

Sie alle zählen auf Euch, deshalb Eure Stimme den Kandidaten der GdP!

Unsere Kandidaten

Liste der Arbeitnehmer

Frauen:

Alexandra Stehr-Kröll, Pst Lauterbach,
Ruth Steinberg, Pst Bad Hersfeld,
Michaela Winkler, Personalratsbüro,
Stefanie Stand, V 2,
Sabine Bode, Vorzimmer PP.

Liste der Arbeitnehmer

Männer:

Berhard Kriz, V 35-DiF/SA,
Jan Schneider, Pst Rotenburg/WaPol,
Rüdiger Poppel, V 3,
Björn Seiffert, PD Hersfeld-Rotenburg/ FÜGru,
Stefan Hebel, Abt. Zentrale Dienste/RBS,
Sebastian Witzmann, V 3.

Liste der Beamten

Frauen:

Conny Jehnert, Pst Fulda/DEG,
Esther Jaekel, PAST Bad Hersfeld / PD HEF-ROF/Schichtdienst,
Annette Hill, Pst Lauterach/Schichtdienst,
Sonja Oetzel, PAST Petersberg/Schichtdienst.

Liste der Beamten

Männer:

Karsten Bech, PASt Petersberg/Schichtdienst,

Manfred Schäfer (Kripo), RKI Fulda/EG-MiT,

Martin Mohr, Pst Bad Hersfeld/Schichtdienst,

Wolfgang Denke-Otterbein, Z 1/Außenstelle Alsfeld,

Manfred Knoch (Kripo), PÖA Bad Hersfeld,

Ewald Gerk, PD Fulda/Führungsgruppe,

Frank Diener, PASt Bad Hersfeld/Schichtdienst,

Leonhard Feuerstein, Pst Hünfeld/Schichtdienst,

Achim Lotz, Pst Rotenburg/Schichtdienst,

Udo Klar, Pst Alsfeld/Schichtdienst,



Björn Dietz, PASt Bad Hersfeld/Schichtdienst,

Harald Schlenk, PASt Petersberg/Schichtdienst,

Berthold Neidert, Pst Hilders/DEG,

Michael Grohmann, Pst Bad Hersfeld/Schichtdienst,

Ernst Pöhlmann, PPO Schlitz/Schießausbilder,

Alexander Krimmel, PASt Bad Hersfeld/Schichtdienst,

Holger Roth, RVD Fulda, Joachim Fritsch, E 3/ Einsatzzentrale,

Klaus Hocke, PD Hersfeld-Rotenburg/FÜGru,

Dirk Stiehler, Pst Lauterbach/DEG,

Ulrich Jökel, Pst Fulda/Schichtdienst,

Horst Schäfer (Kripo), RKI Alsfeld, K 10,

Carsten Sippel, PÖA Fulda,

Walter Strott, Pst Fulda/DEG Aschenberg,

Frank Peter (Kripo), ZKI Fulda/ K50,

Martin Leibold, PASt Petersberg/Schichtdienst,

Helmut Petrusch (Kripo), RKI Fulda/ K 23-24,

Thomas Scheunert, Personalratsvorsitzender

Wahlen zum Hauptpersonalrat

Unsere Kandidaten sind...



Personalratswahlen 2012

Was zählt, bist Du!

Ewald Gerk, PD Fulda/ Führungsgruppe,

Manfred Schäfer, RKI Fulda/EG-MIT,

Karsten Bech, PASt Petersberg/Schichtdienst,

Esther Jaekel, PASt Bad Hersfeld / PD HEF-ROF/ Schichtdienst,

Conny Jehnert, Pst Fulda/DEG,

Jan Schneider, Pst Rotenburg/WaPol,

Michaela Winkler, Personalratsbüro,

Ruth Steinberg, Pst Bad Hersfeld

Personalratswahlen im PP Südosthessen

Liebe Kolleginnen, lieben Kollegen,

schon wieder sind fast 4 Jahre vorüber und es stehen vom 21. bis 25. Mai 2012 landesweit die Personalratswahlen an. Leider ist es so, dass das Wort „Wahl“ schon fast negativ besetzt ist und abschreckend wirkt. Aber dennoch bitten wir euch dringend, an den Personalratswahlen teil zu nehmen. Die Personalräte sind neben den Gewerkschaften eure Interessenvertretung in den Behörden, Kontrollgremium, damit alle Beschäftigten auch gleich behandelt werden, die Anforderungen der Behördenleitungen an die Mitarbeiter diese nicht überfordern, die Beförderungen weitgehend gerecht verteilt werden.

Deshalb ist auch ein starker Personalrat erforderlich der die Zusammenarbeit mit der Behördenleitung einfordert oder ggfls. ihr auch Paroli bietet. Deshalb ist eine Legitimation durch viele Stimmen, also eine hohe Wahlbeteiligung, erforderlich. Ein starker Personalrat braucht eure Stimme!

Geht bitte wählen. Bei Verhinderungen jedwelcher Art steht euch die Möglichkeit der Briefwahl zur Verfügung. Nutzt sie! Stärkt durch eine große Wahlbeteiligung euren zukünftigen Personalrat.

Die GdP Süd-Ost hat sich bemüht, eine ausgewogene Kandidatenliste der Beamten und Tarifbeschäftigten (Arbeitnehmer) zu erstellen. Ihr seht sie unten aufgeführt. Kolleginnen und Kollegen von -K- und -S-, aus dem Schicht- und Tagesdienst, aus den beiden Polizeidirektionen, der Kriminaldirektion, der Abteilungen -Z- und Verwaltung, der Direktion Verkehr- und Sonderdienste.

In der kommenden Legislaturperiode wird dann auch der Generationenwechsel eingeläutet. Bis 2016, zu den nächsten Wahlen, werden die Kollegen Ott, Schumacher und Happ in Ruhestand gehen. Dis dahin soll ihr Wissen an die Nachfolger weiter gegeben werden



Die Kandidaten der GdP-Süd-Ost für die Wahl zum Hauptpersonalrat (v.l. Thina Sauer, Thorsten Pfeiffer, Gabriele Mickler, Markus Hüschentbett, Jörg Schumacher und Günter Sabietzki; es fehlen Ute Huber und Thomas Heberer).

damit auch später starke GdP-Vertreter im Personalrat vertreten sein werden. Stärke braucht eure Stimme!

Dies gilt auch für eure Vertreter im Hauptpersonalrat der Polizei im HMdL.

Eure GdP-Kandidaten auf der Liste der Arbeitnehmer (Frauen):

**Margit Griesling, ZK 41,
Ulrike Claus, Z 32,
Gabriele Mickler, PR/-V-,
Gabriele Ott-Beavers, EG
Heusenstamm,
Katrin Kante, PD
Main-Kinzig.**

Eere GdP-Kandidaten auf der Liste der Arbeitnehmer (Männer):

**Günter Sabietzki, Z 31,
Matthias Schack, Dir. V/S,
Wachpolizei.**

Eure GdP-Kandidaten auf der Liste der Beamten (Frauen):

**Ute Huber, ZK 43.1,
Alexandra Geis, PSt Hanau II,
Tina Sauer, E 32,
Sabine Spangenberg PAST
Langenselbold,
Anne Ihnow, PSt Seligenstadt.**

Eure GdP-Kandidaten auf der Liste der Arbeitnehmer (Männer):

**Rudolf Ott, PSt. Langen,
Thomas Heberer, K 23/24,
Peter Happ, E 31,
Jörg Schumacher, 2. Revier,
Markus Hüschentbett, PSt
Maintal,
Bernhard Huder, E 2,
Thorsten Pfeiffer, PAST
Langenselbold,**

Michael Wahl, PSt Dietzenbach,
 Marc Sachs, RKI MK, K 34.1
 Björn Siebert, E 3,
 Ivo Schmitt, PSt Hanau II,
 Stefan Wagner, PSt Heusenstamm,
 Andreas Stüb, PSt Schlüchtern, EG,
 Thomas Baier, Dir. V/S, VI,
 Volker Rostig, Pst Groß-Auheim,
 Martin Bedel, K 23/24,

Gerd Steinbrecher, Dir. V/S, Sonderdienste,
 Jürgen Jenzikowski, K 21,
 Bernd Oschetzki, PSt Mühlheim,
 Jochen Hiltmann, K 34,
 Hugo Abé, 1. Revier,
 Udo Retzlaff, PSt Neu-Isenburg,
 Bernd Schmidt, Z 12.

Tina Sauer, Ute Huber, Jörg Schumacher, Markus Hüschchenbett, Thorsten Pfeiffer, Thomas Heberer, Günter Sabietzki und Gabriele Mickler.

Ihr werdet alles auch auf unseren Wahlplakaten noch einmal nachlesen, auf den Fotos den o.a. Personen auch ein Gesicht zuordnen können.

Auch ein spezieller Polizeireport wird euch rechtzeitig über alle GdP-Kandidaten, landesweit informieren.

BZG Süd-Ost/JS

Für den Hauptpersonalrat sind unsere Kandidaten:

Polizeipräsidium Osthessen

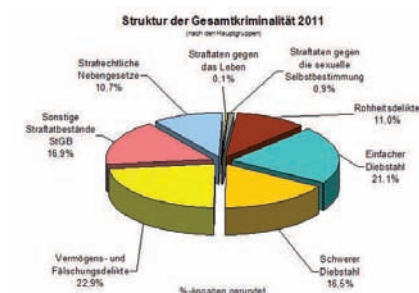
Gute Polizeiarbeit - hohe Aufklärungsquote

Ohne die engagierte und professionelle Arbeit der osthessischen Polizeibeschäftigten wäre es Polizeipräsident Hoff nicht möglich gewesen, bei der diesjährigen Pressekonferenz zur Veröffentlichung der Kriminalstatistik, eine Aufklärungsquote von 62 Prozent verkünden zu können.

In Osthessen ist die Anzahl der Straftaten, während des Jahres 2011, um 1.369 Fälle zurückgegangen. Auch die Zahl der geklärten Straftaten ist im selben Zeitraum um 908 Fälle gesunken. Gleichwohl konnte mit der hohen Aufklärungsquote der Spitzenplatz in Hessen behauptet werden.

Die Gewaltdelikte sind insgesamt um 5,7 Prozent angestiegen. Die Anzahl der Raubstraftaten ist fast gleich geblieben. Körperverletzungsdelikte haben um vier Prozent zugenommen. Ebenfalls um fast vier Prozent ist die Strassenkriminalität angestiegen.

Auch im Bereich des PP Osthessen ist beim Wohnungseinbruch ein Anstieg um 7,5 Prozent registriert worden. Gerade diese, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung besonders beeinträchtigende Deliktsart, liegt zwar 2011 noch deutlich unter



dem Spitzenwert des Jahres 2006 fordert aber dennoch unsere besondere Aufmerksamkeit.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 3.509 Bürgerinnen und Bürger Opfer von Straftaten, davon 836 Betroffene Opfer der Gewaltkriminalität.

Im Jahr 2011 konnten, durch die erfolgreiche polizeiliche Arbeit, 9.346 Tatverdächtige ermittelt werden. Diese ausgesprochen positive Bilanz sei insbesondere durch das Zusammenwirken aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Osthessen und nicht zuletzt durch eine aufmerksame und mit der Polizei vertrauensvoll zusammenarbeitende Bevölkerung möglich gewesen, hob Polizeipräsident Alfons Georg Hoff abschließend hervor.

Bei genauerer Betrachtung der Kriminalstatistik fällt auf, dass sich die Rohheitsdelikte unverändert auf einem besorgniserregend hohen Niveau befinden!

Das bestätigt die Aktivitäten der GdP, die das Thema „Gewalt“, insbesondere auch gegen Polizeibeschäftigte, durch die Kampagne „Auch Mensch“, schon in den vergangenen Monaten immer wieder zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion machte.

Aktuell ist für den Streifen- und Ermittlungsdienst weiterhin besonders belastend, dass die durch die PVS abgebauten Vollzugsstellen immer noch nicht in vollem Umfang in genau diese Bereiche zurückgeführt worden sind.

In den letzten Jahren können wir zwar eine Zunahme an neuen Mitarbeitern/-innen beim PP Osthessen verzeichnen, diese sind leider, zum überwiegenden Anteil, politisch gewünschten Projekten bzw. Stabsstellen zugeschlagen worden.

gdp/eg

Anerkennung sieht anders aus

Vor einigen Wochen schrieb mir ein Kollege eine Mail, in der er die GdP im Namen der Kollegen seiner Dienstgruppe bat, das Thema „Erhöhung des Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten“ zu kämpfen.

Und ich sage dazu: Die Kollegen haben recht! Die Erschwerniszulage „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ (DuZ) wurden seit ca. 20 Jahren nicht wesentlich erhöht. Zur Zeit beträgt der DuZ für die Kolleginnen und Kollegen die auf den Revieren und Stationen, der OPE sowie im Dauerdienst der Kriminalpolizei ihren Dienst versehen:

- | Wochentags von 20.00–06.00 Uhr je 1,28 Euro die Stunde,
- | Samstag von 13.00–20.00 Uhr 0,77 Euro die Stunde,
- | Sonntag 2,72 Euro die Stunde.

Seit fast 20 Jahren wurden diese Sätze nur marginal erhöht, weil die Tarifabschlüsse oft unter 2 Prozent blieben. Aufgrund der vielen „Abwehrrschlachten“ im letzten Jahr wie das vorläufige Aufschieben der Beihilfeerhöhung (und hoffentlich kompletten Aussetzung dieser Pläne durch die Landesregierung), die für Hessen schwierigen Tarifverhandlungen abseits der Tarifgemeinschaft der Länder, die hart erkämpfte Einmalzahlung zumindest bis in die A11, das Dranbleiben an der Reduzierung der Wochenarbeitszeit, ständiger Ärger mit IZEMA im Schichtdienst, die Problematik mit den Beurteilungen und und und. Sicher könnte man dieser Auflistung noch einiges hinzu fügen, aber wir wollen nicht nur lamentieren. Die GdP hat schon in Weilburg auf dem Landesdelegiertentag 2010 eine entsprechende Initiative ergriffen und nun ist es an der Zeit, auch entsprechenden Druck zu machen.

Vielleicht ist dies ja auch die „Taktik“ der Landesregierung und unserem Innenminister Rhein, dass alle paar Wochen eine neue „Ungerechtigkeit“ oder „Verschlechterung“ ins Spiel gebracht wird, die dann alle

gewerkschaftlichen Gremien so stark binden, dass mit der Abwehr dieses Übels die eigenen Forderungen und Ziele nicht mehr verfolgt werden können. Damit muss langsam Schluss sein.

Den Kolleginnen und Kollegen der Dienstgruppe gebührt deshalb der besondere Dank, dass sie uns diesen Auftrag gegeben haben. Denn nur wenn Gewerkschaftsarbeit auch von unten, also von den Mitgliedern kommt, funktioniert sie richtig. Lasst uns unsere Ziele für die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen nicht aus den Augen verlieren, denn den allgemein gestiegenen Lebenskosten ist der DuZ in der heutigen Form nicht mehr angepasst!

Warum ist eine Erhöhung der Zulage längst überfällig? Ein Wechsel auf freien Stellen im Tagesdienst ist nur wenigen Kolleginnen und Kollegen vorbehalten. Oft entscheidet ein Arzt, wer endlich aus der Schicht oder die besonders belastenden Nachtdienste nicht mehr machen muss. Folglich sind viele Kolleginnen und Kollegen gezwungen, bis zum Eintritt in den Ruhestand in der Schicht zu bleiben. Und leichter wird die Arbeit nicht. Im Gegenteil werden immer mehr Aufgaben aufgetürmt und es wird immer mehr verlangt. Und das geht alles mit der höchsten Wochenarbeitszeit in unserem Lande einher. Schichtarbeit verdient Anerkennung!

Im Bereich des Landesverbandes wird durch Jörg Schumacher seit dem Beschluss des Delegiertentages in Weilburg auf Bundesebene mit versucht, eine bundeseinheitliche Initiative zu starten, da alle Polizeien der Bundesländer und des Bundes mit fast dem gleichen mickrigem DuZ abgeseigt wer-

den. Das dauert uns eindeutig zu lang. Warum gibt es denn eine Föderalismusreform und warum sollen wir Hessen den anderen nicht mal etwas vormachen?!

Dicke Bretter müssen lange gebohrt werden - also packen wir es an - und hoffen auf Eure Unterstützung. Die Kolleginnen und Kollegen aus den Dienstgruppen haben auch schon konkrete Vorstellungen, wie der DuZ zukünftig bemessen werden sollte. Das sieht dann so aus:

- | **sonntags und feiertags = 5 Euro,**
- | **Nachtdienste wochentags = 2,50 Euro,**
- | **samstags = 1,50 Euro.**

Das unterstützen wir ausdrücklich und wir sollten diesen Vorschlag machen. Mit Blick auf die sogenannte „freie Wirtschaft“ ist das ganz sicher nicht zu viel verlangt.

Auf geht's, packen wir es an!

Stefan Ruppel
GdP-Landesvorstand

Personalratswahlen 2012



Stärke braucht Stimme!

Traditionelles Weihnachtsessen Senioren



Gut besucht sind die Veranstaltungen der Vogelsberger GdP-Senioren.

Seit einigen Jahren ist es schon zur Tradition der GdP Senioren aus dem Vogelsberg geworden, die regelmäßigen Stammtische und Treffen mit einem Weihnachtsgansessen zu beschließen.

So auch im Dezember, als man sich mit den Partnern in gemütlicher vorweihnachtlicher Runde in der Gaststätte „Hardtmühle“ bei Rainrod traf. Mit weit über 20 Teilnehmern war die Veranstaltung sehr gut besucht. Der Bezirksgruppenvorsitzende Ewald Gerke und der Kreisgruppenvorsitzende Wolfgang Denke-Otterbein ließen es sich nicht nehmen, am Treffen teilzunehmen.

Rudi Dippel, Seniorenvertreter im Vorstand der Kreisgruppe Vogelsberg, eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die Teilnehmer. Peter Richtberg, zweiter Seniorenvertreter und Mitorganisator war leider gesundheitlich verhindert. Nach den einführenden Worten ergriff Ewald Gerke das Wort und ließ die gewerkschaftliche Arbeit in dem zu Ende gehenden Jahr Revue passieren. Insbesondere die verstärkten Anstrengungen in Sache „Beihilfe“ fanden bei den Mitgliedern besonderes Gehör und die Arbeit der GdP, besonders der Bezirksgruppe Osthessen mit der Unterstützung der Kreisgruppen, wurde sehr positiv bewertet.

Als kleines Zeichen der Wertschätzung wurde zudem ein kleines Präsent an die Teilnehmer überreicht. Wolfgang Denke-Otterbein lobte im Anschluss die Arbeit der GdP Senioren im Vogelsberg. Die regelmäßigen Stammtische, aber auch kleinere Fahrten und Besichtigungen, die im Laufe des Jahres durchgeführt wurden, erhalten die Verbundenheit unter den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen. Nicht zu vergessen ist, wenn es um die Teilnahme bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen (zuletzt bei der Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten in Fulda) geht, ist immer Verlass auf unsere Senioren. Wolfgang Denke-Otterbein wünschte sich, dass der gewerkschaftliche Funke, der Gedanke, dass nur im Zusammenhalt unter den Kolleginnen und Kollegen die gewerkschaftliche Arbeit mit Erfolg krönt, auf alle überspringen möge.

Nach vielen guten Wünschen für das neue Jahr, viel Gesundheit als wichtigstes Gut, wurde in gemütlicher Runde noch einige Stunden in der Gewissheit, im neuen Jahr gehen die Veranstaltungen, aber auch das Engagement der GdP im Sinne der Mitglieder/-innen weiter.

Wolfgang Denke-Otterbein

Verschiebung spart den Beihilfeberechtigten Geld

Auch der zweite Entwurf zur Änderung der hessischen Beihilfeverordnung (HBeihVO) ist gescheitert. Innenminister Boris Rhein (CDU) hat am 29. November der Landespersonalkommission vorgeschlagen, die bestehende Beihilfeverordnung bis zum 30. Juni 2012 zu verlängern.

Auf der Podiumsdiskussion der hessischen GdP am Ende November in Wiesbaden-Naurod zur beabsichtigten Änderung des Beihilferechts mit den Landtagsabgeordneten Jürgen Frömmrich (Bündnis 90/Die Grünen), Christian Heinz (CDU) und Günther Rudolph (SPD) haben wir erfahren, dass alle bisher vorgelegten Änderungsentwürfe inhaltlich gescheitert sind. Wann mit einem neuen Entwurf gerechnet werden kann, konnten die Abgeordneten auch nicht sagen.

Die GdP wertet die zeitliche Verschiebung als einen Aufschub der inhaltlichen Diskussion. Wir müssen jedoch damit rechnen, dass neuer Entwurf vorgelegt werden wird. Wann dies sein wird können wir nicht sagen, vermuten jedoch, dass man bis nach der kommenden Landtagswahl wartet. Gleichwohl wird die Absicht bestehen bleiben, durch die Neufassung der Beihilfeverordnung Kosten im Landshaushalt zu sparen. Es bestand die Absicht durch die Änderungen jährlich etwa 30 Mill. Euro einzusparen. Die Schuldenbremse lässt grüßen.

Ewald Gerke

Andreas Böhm ist neuer Leiter der PD Vogelsberg

Anfang Dezember wurde Kriminaldirektor Andreas Böhm offiziell von Polizeipräsident Alfons Hoff mit der Leitung der Polizeidirektion Vogelsberg beauftragt.

In Osthessen ist Andreas Böhm kein Unbekannter. Ende der 90er Jahre war er bei der damaligen Polizeidirektion Lauterbach im Stab eingesetzt. Mit Beginn des PP Osthessen übernahm er die Leitung der Abteilung Zentrale Dienste, der er mehrere Jahre vorstand.

Polizeipräsident Hoff freute sich, dass durch die Beauftragung von Andreas Böhm keine Personalvakanz in der Leitung der Polizeidirektion entstanden ist. In seiner Ansprache hob der Behördenleiter hervor, dass die Leitung einer Polizeidirektion etwas Besonderes sei und ihm das gute Zusammenwirken mit den Polizeistationen und der Kriminalpolizei wichtig ist. Nur durch eine zielorientierte und harmonische Zusammenarbeit könne Polizeiarbeit in allen ihren Fassetten erfolgreich sein.

Landtagsabgeordneter und zukünftiger Landrat des Vogelsbergkreises, Manfred Görig, grüßte stellvertretend für alle politischen Vertreter des Vogelsbergkreises den neuen Direktionsleiter.



Polizeipräsident Alfons Hoff (links) führte KD Andreas Böhm (rechts) in das neue Amt des Leiters der PD Vogelsberg ein.

Für den Personalrat und die GdP Vogelsberg überbrachte Alexandra Stehr-Kröll die Glückwünsche und zeigte sich froh darüber, dass die Stelle so schnell wieder besetzt werden konnte.

gdp

Wolfgang Bommer ist neuer Dienststellenleiter der Polizeistation Fulda

Der 45-jährige Wolfgang Bommer ist neuer Leiter der Polizeistation Fulda. Heute überreichte Polizeipräsident Alfons Georg Hoff dem Polizeioberst seine Versetzungsverfügung.

Hoch erfreut zeigte sich Herr Hoff, dass nach der Versetzung von POR Michael Tegethoff zur Bereitschaftspolizei nach Kassel, die Stelle in Fulda unmittelbar neu besetzt werden konnte. Für die osthessische GdP ist die Besetzung der Leiterstelle von Bedeutung. gerade die PSt Fulda mit ihren über 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfordert das Wissen und die Erfahrung eines Stationsleiters im höheren Dienst.

POR Wolfgang Bommer stammt aus Büdingen. Seine Karriere begann er 1987 mit dem Eintritt in die Hessische Bereitschaftspolizei. Über verschiedene Stationen im Einzeldienst, unter anderem im Polizeipräsidium Frankfurt/M., in Offenbach und Heusenstamm absolvierte



Wolfgang Bommer.

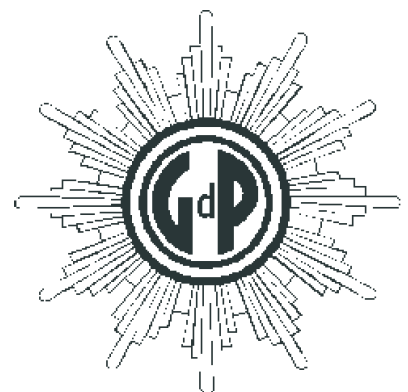
Bommer die sogenannte III. Fachprüfung in der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster.

Nach einer Verwendung im Lagezentrum des Hessischen Innenministeriums kam er dann schließlich

2008 zur Polizeidirektion Offenbach. Dort wurde er Leiter der Führungsgruppe und Abwesenheitsvertreter des Direktionsleiters.

Wir wünschen unserem GdP-Mitglied für seine neue Aufgabe bei der Polizeistation Fulda alles Gute und viel Erfolg.

gdp



25 Jahre Polizeiposten Neuhof

Mit der offiziellen Übergabe des Polizeipostens Neuhof am 5. März 1986 ist der letzte „weiße Fleck“ im Landkreis Fulda geschlossen worden und der osthessischen Polizei ein weiterer Meilenstein für die innere Sicherheit der Bürger im Fuldaer Südkreis gelungen.

Kommunal- und Landespolitiker sprachen damals von einem „Erfolgserlebnis“ und „fachlich gelungener Arbeit“. Seit 25 Jahren gehören die Großgemeinden Neuhof, Kalbach, Flieden und Hosenfeld zum Zuständigkeitsbereich der Neuhofer Polizei. Die 14 Beamten der rund um die Uhr besetzten Dienststelle betreuen insgesamt rund 31.000 Einwohner auf einer Fläche von 261 Quadratkilometern. Pro Jahr werden etwa 600 Straftaten



Die Mannschaft des Polizeipostens Neuhof.

le im Zuständigkeitsbereich des Polizeipostens Neuhof ein.

„Wir sind sehr froh, dass es den Polizeiposten Neuhof gibt“, betonte auch die Bürgermeisterin der Kaligemeinde Neuhof Maria Schultheis und erinnerte, dass „dicke Bretter gebohrt“ werden mussten, bis das Land „grünes Licht“ für die Einrichtung gegeben hätte.

Die Verwaltungschefin lobte die enge Abstimmung, Kooperation und Zusammenarbeit mit der Neuhofer Polizei. „Wir sind auf einem guten Weg und wollen das Netzwerk weiter ausbauen“, sagte Schult-

heis abschließend und sprach damit auch für ihre Kollegen aus Flieden, Kalbach und Hosenfeld.

Die Historie des Polizeipostens Neuhof

Am 13. Oktober 1962 wurde in einem Fernschreiben des damaligen Fuldaer Landrats Dr. Eduard Stieler an den Regierungspräsidenten in Kassel erstmals die Schaffung eines „Landespolizeipostens“ in Neuhof vorgeschlagen. In den folgenden Jahren unterstützte die Gemeinde Neuhof die Bemühungen des Kreis-Chefs durch verschiedene Initiativen wie etwa die Verabschiedung einer Resolution an den hessi-

schen Innenminister und RP. Ziel war es zumindest eine Außenstelle der Landespolizeistation Fulda im Südkreis einzurichten. Die Notwendigkeit einer stärkeren Polizeipräsenz in dieser Region wurde 1968 auch vom Innenausschuss des hessischen Landtags bestätigt. Dennoch scheiterten die Überlegungen insbesondere an der personellen Situation, da keine neuen Planstellen für eine solche Einrichtung geschaffen werden konnten.

Im Jahr 1971 erwarb das Land Hessen das Gebäude „Alte Heerstraße 3“ am Ortseingang von Neuhof. Mit



Gerhard Dorn (links) war der erste Leiter des Polizeipostens Neuhof.

Erlass vom 13.3.1973 stellte der Innenminister fest, dass mit der Einrichtung einer Polizeistation in der Kaligemeinde in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Er ließ aber in zwei Räumen des gekauften Hauses - ursprünglich diente es als evangelisches Gemeindehaus - einen Bereitschaftsdienst für die im südlichen Kreisteil zuständigen Ermittlungsbeamten einrichten. Im Jahre 1979 griff Polizeidirektor Hermann Bangert erneut die Überlegungen zur Einrichtung eines Polizeipostens im Südkreis auf.



Der Beginn. Das Anwesen „Alte Heerstraße 3“ wird für die Polizei umgebaut.

und 500 Verkehrsunfälle registriert. Mitte September dieses Jahres feierte der Polizeiposten mit den Bürgern und hatte zum Tag der offenen Tür unter dem Motto „Polizei Erleben“ eingeladen.

In Vertretung von Polizeipräsident Alfons Georg Hoff gratulierte Leitender Polizeidirektor Günther Voß den Beamten und Mitarbeitern des Postens herzlich zu dem Jubiläum.

Er hob die Wichtigkeit der Dienststelle für den Kreis Fulda hervor und ging mit dem nächtlichen Raubüberfall auf das Fliedener Pfarrhaus im Dezember letzten Jahres auf einen der bedeutendsten Kriminalfäll-

Kreisgruppe Fulda

Offiziell wurde der Polizeiposten am 5.3.1986 mit viel Lokal-Prominenz und Landespolitikern eröffnet. Erster Postenleiter war Gerhard Dorn, auf ihn folgte Bernhard Wald und Eberhard Jahn an der Spitze des Polizeipostens.

gdp/bö.



Besuch auf der Wache. Die Kollegen (v.l.) Michael Böhm, Udo Grösch, Uwe Vey und Reinhold Lins erklären den Bürgern die Wachbetrieb und beantworten Fragen.



Anita Röder (links) ist die "gute Seele" des Postens.



Ltd.PD Günther Voß eröffnete den Tag der offenen Tür.



Die Vorführungen der Diensthundführer und das Können ihrer Hunde begeistern die Zuschauer.



Personalratswahlen vom 21. bis 25. Mai 2012

Was zählt, bist Du!

Kurze Zusammenfassung des vorgelegten Entwurfs

In einem ersten Schritt der hessischen Dienstrechtsreform wurde das HBG durch das Hessische Beamtenrechtsanpassungsgesetz an die Vorgaben des Beamtenrechtsstatusgesetzes angepasst und mit dem 1. DRModG mit der Anhebung der Altersgrenzen zu den versorgungsrechtlichen Regelungen fortgeführt.

Das 2. DRModG beinhaltet die Änderungen des 1. DRModG und enthält Regelungen bzw. Änderungen zu mehreren Gesetzen und Verordnungen, so z.B.: HBG, Hess. Besoldungsgesetz, Hess. Beamtenversorgungsgesetz, Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetz, HDG, HPVG, Versorgungsrücklagengesetz, Verwaltungsfachhochschulgesetz, Sonderzahlungsgesetz, der Hess. Arbeitszeitverordnung, DienstjubiläumsVO, Mutterschutz- und ElternzeitVO und UrlaubsVO, die zum Teil aber lediglich redaktioneller Art sind.

Hessisches Beamtengesetz (HBG)

Das HBG wurde umfassend überarbeitet mit der Neustrukturierung des Laufbahnrechts. Die Laufbahnen wurden reduziert, die Polizei ist nun eine eigenständige Laufbahnfachrichtung. Die Laufbahngruppe des einfachen Dienstes entfällt.

Das Verfahren bei Dienstunfähigkeit wird in § 36 geregelt, das der Wiederherstellung der Dienstfähigkeit in § 38, die einheitliche Regelung der ärztlichen Untersuchung bei Dienstunfähigkeit oder Lebenszeitverbeamtung in § 39.

Arbeitszeit

Im § 61 werden die 5 Stunden Mehrarbeit im Monat ohne Vergütung wieder festgeschrieben, für die darüber hinaus gehende Mehrarbeitsstunden erfolgt die Vergütung ohne Festlegung einer Höchstgrenze. Für Teilzeitbeschäftigung und

Beurlaubung wurde die Höchstdauer von 15 auf 17 Jahre erhöht.

Besoldungsgesetz

Das Hessische Besoldungsgesetz löst das BundesbesoldungsG ab, behält aber bekannte Strukturen und Gliederungen bei. Wichtigste Änderungen: Aus den Dienstaltersstufen werden Erfahrungsstufen, die Anzahl reduziert sich von max. 12 auf nun 8 Stufen. Zeiten ohne Dienstverrichtung von mehr als zusammenhängend 12 Monaten hemmen den Aufstieg in die nächste Stufe; Ausnahme z.B. Erziehungszeiten.

Als Leistungsanreiz kommt zu den finanziellen Anregungen die „Prämie“ Sonderurlaub hinzu. Die Erschwerniszulagenverordnung des Bundes bleibt erst einmal als hessisches Recht erhalten und wird zu einem späteren Zeitpunkt überarbeitet.

Beamtenversorgungsgesetz

Beim Beamtenversorgungsgesetz ist eine wesentliche Neuerung, dass bei Ausscheiden aus dem Dienst bis dahin erworbene Anwartschaften mitgenommen werden können und somit die finanziell nachteilige Nachversicherung entfällt.

Das Hessische Besoldungs- und Versorgungsüberleitungsgesetz soll dafür sorgen, dass es bei der Überleitung in das neue Recht zu keiner finanziellen Schlechterstellung kommt.

Neue hessische Arbeitszeitverordnung

Bzgl. des Lebensarbeitszeitkontos führen nun außer Krankheit auch andere Abwesenheitszeiten von mehr als 6 Wochen, z.B. Kuren, nicht mehr zu einer Zeitgutschrift auf dem LAK.

Wiedereingliederungsmaßnahmen (eine Form von Teildienstfähigkeit und nicht mehr Krankheit) von mehr als 6 Wochen sind ebenfalls ausgenommen.

Fazit

Dieses 2. DRModG mit seinen einzelnen Gesetzen und Verordnungen ist immer noch ein Entwurf. Viele einzelne Vorschriften und Verordnungen, insbesondere solche, die auf Verordnungsermächtigungen der Gesetze beruhen, siehe BeihilfeVO nach § 82 HBG, liegen noch gar nicht vor bzw. sind zurückgezogen worden.

Jörg Schumacher
Offenbach

Werbungskosten: Nur eine Heimfahrt am Tag

Arbeitnehmer, die aus beruflichen Gründen zweimal am Tag vom Wohnort zur Arbeit fahren, können in ihrer Steuererklärung nur einmal die Entfernungspauschale ansetzen. Ein weiterer Werbungskostenabzug ist für die zweite Fahrt nicht möglich.

Hessisches Finanzgericht,
Urteil vom 6. Februar 2012 - 4 K 3301/09

Nicht auf Kosten der Krankenkasse

Auch Heilmittel der sich von der Schulmedizin unterscheidenden „besonderen Therapierichtungen“ – wie der anthroposophischen Medizin – sind nur bei positiver Bewertung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss von den gesetzlichen Krankenkassen zu leisten. Mit der in der anthroposophischen Medizin angewandten rhythmischen Massage hat sich der Bundesausschuss bislang nicht befasst, sodass sie von den gesetzlichen Krankenkassen nicht zu leisten ist.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 24. November 2011 – L 8 KR 93/10

Stress hemmt kluge Köpfe

Der Arbeitsdruck steigt, die Innovationsfähigkeit leidet, das zeigt das ver.di-Innovationsbarometer. Rund 90 Prozent der knapp 800 befragten Betriebs- und Aufsichtsräte haben diesen Trend in ihrem Unternehmen festgestellt. 68 Prozent sehen eine tendenziell abnehmende Qualität der Innovationen. Unter anderem deuteten Rückmeldungen von Kunden oder Rückrufaktionen darauf hin. Ein weiterer Indikator sei, dass unter anderem die Zahl der am Burn-out-Syndrom Erkrankten stark gestiegen ist. Auch würden

Innovationsprojekte vermehrt abgebrochen oder zeitlich verzögert (63 Prozent) oder gar nicht erst begonnen (55 Prozent).

Ungehemmter Personalabbau und die damit verbundene Leistungsverdichtung der vergangenen Jahre kämen einem Raubbau an der Kreativität gleich, kritisiert ver.di-Vorstandsmitglied Lothar Schröder. „Arbeitshetze und Dauerbelastung gefährden die Innovationsfähigkeit.“

Die Befragten schlagen eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer/-innen, einen Abbau der Arbeitsbelastung, bessere Qualifizierung und mehr Anerkennung und Wertschätzung für die Beschäftigten vor.

Das Innovationsbarometer zum Download:

www.einblick.dgb.de/hintergrund

einblick_04_12

Unschuldsvermutung gilt auch für Polizeibeamte

In den frühen Sonntagmorgenstunden des 26. Februar 2012 kam es in Maintal-Bischofsheim zu einer Einsatzlage, bei der die dort eingesetzten Kollegen sich eines Angriffs mit einem Messer erwehren mussten. Dabei kam der 57-jährige Angreifer zu Tode. Nun obliegt es den Ermittlungsbehörden die genauen Hintergründe der Tat aufzuklären.

Dass solche polizeiliche Einsatzlagen natürlich in einen besonderen Fokus der Öffentlichkeit und der Medien stehen ist allenthalben bekannt.

Erstaunt zeigten wir uns über einen Presseartikel der Nassauischen Neuen Presse vom 28. Februar 2012 mit der Überschrift: „Ein Toter und viele Fragen“.

Bereits in der Einleitung des Artikels wird von einer „Bluttat“ und in der weiteren Textfolge wird die Begrifflichkeit „von Polizeikugeln niedergestreckt“ verwendet. Schon durch den Begriff der „Bluttat“ wird dem Leser suggeriert, dass hier etwas Unrechtes, etwas Furchtbares geschehen ist.

Eine gewisse Form von Vorverurteilung unserer Kollegen wird damit Vorschub geleistet.

Zieht man die Statistik zu Rate, wird sehr schnell deutlich, dass eine Vielzahl der in Hessen bei Polizeieinsätzen zu Tode gekommenen die Polizistin/der Polizist mit einem Messer angegriffen wurde.

Wir als Gewerkschaft der Polizei (GdP) erwarten insbesondere von den Medien, dass Polizistinnen und Polizisten keine Vorverurteilung erfahren und dadurch auch nicht voreilig an den Pranger gestellt werden. Das rechtsstaatliche Prinzip der Unschuldsvermutung schützt auch unsere Kolleginnen und Kollegen!

Wir als GdP prangern seit langem die zunehmende Gewalt gegen Polizisten/-innen, Feuerwehrleute oder Rettungsdienste an. Immer häufiger werden sie grundlos angegriffen und mitunter erheblich verletzt.

In diesem Zusammenhang erinnern wir gerne an die Kampagne der GdP mit

der Forderung nach einer eigenständigen Strafrechtsnorm § 115 StGB - Tötlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten. Unterstützende, aufklärende und nachhaltige Presseartikel haben wir schmerzlich vermisst.

Der Gesetzgeber ist aufgefordert, die zu schützen, die den Staat schützen, das ist der Anspruch, den wir als Gewerkschaft haben.

Peter Wittig/
Ewald Gerk

Personalratswahlen 2012



Stärke braucht Stimme!

Alle Jahre wieder

Am Freitag, 3. Februar 2012, war es wieder soweit: Innenminister Boris Rhein stellte in der eigens anberaumten Landespressekonferenz die Polizeiliche Kriminalstatistik das zurückliegende Jahr vor. Die Polizei hat im zurückliegenden Jahre so viele Straftaten aufgeklärt, wie nie zuvor. Darüber hinaus ist die Kriminalität in Hessen rückläufig.

In Zahlen:

Die Aufklärungsquote (AQ) stieg auf 58,5 Prozent und die Anzahl der Straftaten sank unter 400.000 auf exakt 396.834.

Wieder einmal wird die Arbeit der hessischen Polizeibeschäftigten einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. Wieder einmal wird die Arbeit gelobt, ja nahezu als eigentlich nicht verbesserbar dargestellt. Es waren also wieder einmal die Polizeibeschäftigten, die durch engagiertes Arbeiten die Statistik verbessert haben. Und dies obwohl man nach dem erfolgten Tarifabschluss den Beamtinnen und Beamten die durchgängige Übertragung der Tarifergebnisse, im Übrigen auch ausgedrückt durch Prozente, verwehrt hat.

Wie können sich die Polizeibeschäftigten, das Gros stellen hier die Beamtinnen und Beamten, sich nur immer wieder motivieren? Liegt es etwa an der Tatsache, dass man den Beruf des Polizeibeamten aus Leidenschaft erwählt hat? Liegt es etwa daran, dass man sich Wertgeschätzt fühlt, auch wenn es mit der Übertragung des Tarifergebnisses nicht weit her ist? Sind es die klugen und weisen Entschlüsse im Landespolizeipräsidium, die Vorgaben und Strategien für eine effiziente Polizeiarbeit vorgeben?

Fragen über Fragen, die einer dringenden Antwort bedürfen. Wenn man für sich in Anspruch nehmen möchte, dass die hessischen Polizistinnen und Polizisten die am besten ausgestatteten und die am besten bezahltesten in Deutschland



Jens Mohrherr auf dem Hessentag und wirbt für die Polizeistiftung.

sind, muss man auch einen direkten Vergleich mit den anderen Bundesländern standhalten. Die Schuldenbremse lässt grüßen. Wie es heißt, sollen allein im Innenressort in diesem Jahr 52 Millionen Euro eingespart werden! Wie soll dies gehen, ohne die Arbeitsbedingungen der Polizeibeschäftigten irgendwie einzuschneiden? Wo soll noch gespart werden? Die Schuldenbremse, eingeführt bei den letztjährigen Kommunalwahlen in Hessen, wird als Menetekel jedweder Einsparungsvorhaben herausgeholt!

Bezahlung / Besoldung

Schaut man auf die Gehaltsabrechnungen in Nachbarländer wie Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, wird deutlich, dass der gleiche Beschäftigte in der gleichen Besoldungsgruppe mehr im Portemonnaie hat. Nachbarländer wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen haben einen wesentlich höheren Anteil ihrer Beschäftigten in der A 11, wie es in Hessen der Fall ist.

Zugegeben, das ausgehandelte Hebungsprogramm der GdP mit dem Minister (u.a. Berufsvertretungen) ist ein erster Anfang. Aber es ist ein von der Gewerkschaft initiiertes Versuch, den Flaschenhals in der Besoldungsgruppe A 10 aufzubrechen. Allein dieser Zweck wird mit

dem Hebungsprogramm verfolgt. Wie sieht es in den anderen Besoldungsgruppen aus?

Vergütung von Mehrarbeit

Die finanzielle Vergütung der Mehrarbeit wurde in diesem Jahr stark eingedampft. Von den einstmaligen 5 Millionen Euro blieben letztlich den personalbewirtschaftenden Behörden weniger als Hälfte übrig. Bei Einbeziehung der Spezialeinheiten ist es nicht verwunderlich, dass längst nicht alle Begehrlichkeiten befriedigt werden können.

Der Dienstherr muss dringend überlegen, ob er hier nicht höhere Geldmittel zur Verfügung stellt. Denn ein erneutes Ansteigen der Mehrarbeitsstunden kann nicht im Interesse des Dienstherrn und der Beschäftigten sein. Schätzungsweise kann prognostiziert werden, dass in diesem Jahre die Grenze von drei (3) Millionen Mehrarbeitsstunden geknackt werden wird.

Beihilfe

Die hessische Beihilfeverordnung steht auf dem Prüfstand. Es ist eine Verordnung, die von der Landesregierung mit Federstrich geändert werden kann, das muss man wissen! Nach den ersten Verlautbarungen zu Beginn des zurückliegenden Jahres hat sich einiges getan. Erste Vorschläge wurden von der GdP und den DGB Gewerkschaften massiv kritisiert und darüber hinaus in mehreren Gesprächsrunden mit Abgeordneten des hessischen Landtages, diskutiert.

Mithin hat dies dazu geführt, dass der erste Vorschlag, der ein Einsparpotential von 33 Millionen Euro aufwies, kassiert wurde. 17 Millionen sollen es im derzeitigen Vorschlag noch sein. Es darf niemanden wundern, wenn jetzt, da man vor dem 30. Juni 2012 das Thema nicht offiziell anpackt, hinter den Kulissen weiter gespart wird!

Zu Lasten derjenigen, die auf die Beihilfe angewiesen sind und im besonderen Maße Familien mit Kindern! Im Übrigen: In **Nord-**

rhein-Westfalen genießen die Beamtinnen und Beamte freie Heilfürsorge.

Dienstbekleidung

Nach dem Roll – Out und der Einführung der neuen, zugegebenermaßen funktionalen Uniform, stellen unserer Kolleginnen und Kollegen fest, dass die Preise für die Ersatzbeschaffung nahezu aller erhältlichen Dienstbekleidungsgegenstände stark angestiegen sind. Das individuelle Bekleidungs-geld indes blieb gleich. Es nützt den Betroffenen wenig, wenn auf gestiegene Preise der Hersteller hingewiesen wird. Es nutzt auch nichts, wenn ein Verwaltungszuschlag für jedes in Ditzingen hinterlegte Dienstbekleidungsstück gezahlt wird. Mehr noch: Anbieter auf dem freien Markt bieten nahezu gleiche Bekleidungsstücke, in diesem Fall das teuerste Dienstbekleidungsstück Anorak, die über 100 Euro günstiger sind? Hier müssen die Verantwortlichen kluge Lösungen suchen, die es den Kolleginnen und Kollegen ermöglichen, mit ihrem Budget auch Ersatzbeschaffungen vornehmen zu können.

Länderkooperationen

Länderkooperationen sind offensichtlich das Gebot der Stunde. In allen Bundesländern wird der Rotstift in den Haushalten angesetzt, nicht nur in Hessen. So machen sich Hessen, Rheinland– Pfalz, Baden-Württemberg und das Saarland auf, unter dem Rubrum „Synergien im Personal und Technischeinsatz“ eine Länderkooperation einzugehen. Hier sind in einer den Innenministern zur Unterschrift vorliegenden Vereinbarung polizeiliche Arbeitsfelder in den Bereichen: **Wasserschutzpolizei, Polizeihubschrauber- staffel, Digitalfunk, Aus- und Fortbildung, Beschaffungen, Informations- und Kommunikationstechnik und den Landespolizeiorchestern** beschrieben.

Die Synergien nicht zu Lasten des Personalkörpers gehen dürfen!

Vereinbarkeit von Beruf und Familie / 42 Wochenstunden

Eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf auch bei der Polizei kein frommer Wunsch sein und muss umsetzbar sein. Am Beispiel der Bereitschaftspolizei einmal festgemacht wird deutlich, dass immer häufiger die so genannten planbaren, freien Wochenenden zu Gunsten des Einsatzgeschehens und zu Lasten der Familien und Freundeskreise gestrichen werden.

Auch sind in den Kommissariaten und Dienstgruppen immer häufigere Springerdienste notwendig, um Stärken zu kompensieren bzw. das Abfeiern von Überstunden zu ermöglichen. Die zunehmende Arbeitsverdichtung im täglichen Dienst kann nicht kompensiert werden. Die hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben im bundesweiten Vergleich bezogen auf die zu leistende Wochenarbeitszeit die größte Last zu tragen. Hier fordern wir die Landesregierung auf, endlich nachzubessern und eine Abkehr der 42-Stundenwoche vorzunehmen. Tarifvertraglich ist bereits eine Arbeitnehmerfreundliche Regelung umgesetzt, wenn man sich die 38,5-Stunden- woche bei der Wachpolizei betrachtet. Das signifikante Ansteigen der Mehrarbeitsstunden wurde bereits vorstehend ange- sprochen.

Fazit und Ausblick:

Trotz der Schuldenbremse und den Verlautbarungen der Landesregierung, bereits schon vor dem Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt ohne neuen Schulden vorlegen zu wollen, dürfen die Sparbemühungen nicht dazu führen, dass die Arbeit der hessischen Polizeibeschäftigten beeinträchtigt wird. Neben einer ausreichenden Personalausstattung gehören dazu auch das Arbeitsumfeld, also die Arbeitsplätze der Beschäftigten. Eine Haushaltskonsolidierung darf nicht auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die den Staat schützen.

Im Übrigen zitiert der Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler (BdSt) den Hessischen Finanzminister. „Es müsse ein verbindlicher Konsolidierungspfad mit konkreten Sparmaßnahmen vorgelegt werden“, so der hessische Vorsitzende Fried. Und weiter: „In Hessen müssen immer noch fast acht Prozent der bereinigten Ausgaben eingespart werden, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Lediglich das Saarland, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz hätten einen schlechteren Wert.“

Jens Mohrherr

Tarifbewegung 2012 - Warnstreik

In der ersten Verhandlungsrunde der Tarifrunde 2012 im Bereich TVöD hat es keine Bewegung gegeben. Die Arbeitgeber haben kein Angebot vorgelegt.

Die starre Haltung der Arbeitgeberseite veranlasste die DBG- Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes den Forderungen mit Warnstreiks in ausgewählten Regionen Nachdruck zu verleihen.

Wir fordern:

- | 6,5 % mindestens 200 Euro,
- | 100 Euro mehr für Auszubildende,

- | Unbefristete Übernahme für alle Auszubildenden,
- | Eine Laufzeit von 12 Monaten.

Unterstützt die begleitenden Aktionen in Eurem Bereich. **Das ist wichtig!** Das Tarifergebnis im Bereich des TVöD hat auch mittelbare Auswirkungen auf den künftigen Tarifabschluss in Hessen. Es gibt auch in Hessen GdP-Mitglieder, die nach dem TVöD bezahlt werden. Unterstützt deren Forderung mit Eurer Teilnahme.

Solidarität ist wichtiger denn je!

Neuzugänge beim Polizeipräsidium Osthessen



Zum 01. Februar 2012 wurden 26 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, zumeist aus südhessischen Dienststellen, sowie ein Trainee der Verwaltung, zum Polizeipräsidium Osthessen versetzt. Der Leiter des Abteilungsstabes, Kriminaldirektor Eberhard Möller, hieß die Kolleginnen und Kollegen im Namen der Behördenleitung willkommen und übermittelte auch die Grüße des aus dienstlichen Gründen nicht anwesenden Polizeipräsidenten Alfons Georg Hoff.

In seiner Ansprache stellte Möller zunächst das Polizeipräsidium Osthessen anhand einer Präsentation vor und beglückwünschte die „Neuen“ zu ihren heimatnahen Versetzungen. Er verband dies mit der Bitte, dass sich die 28 – 52 Jahre alten Polizistinnen und Polizisten engagiert und mit dem nötigen Fingerspitzengefühl in die Arbeit ihrer neuen Dienststellen und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Region einbringen. Dazu gehöre neben dem Fachwissen und den erworbe-

nen dienstlichen Erfahrungen auch ein großes Maß an Selbstdisziplin.

Den Wünschen für einen guten Start schloss sich Personalratsvorsitzender Thomas Scheunert an und verdeutlichte die Offenheit des Personalrates für die Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Präsidiums.

Seniorenvorstand bietet Drei-Tage-Ausflug im April

„Frühling in der Rhön“ hat der GdP-Landesseniorenvorstand seinen Kurztrip in das Biosphärenreservat Rhön genannt. Geplant ist eine dreitägige Tour vom 24. bis 26. April 2012. Ausgangspunkt ist das Hotel „Zur Krone“, Am Stadttor 2, 36142 Tann/Rhön.

Die Anreise erfolgt am 24. April bis 11 Uhr, mit eigenem Pkw. Am Nachmittag geht es mit dem Bus zur Gedenkstätte „Point Alpha“ an der ehemaligen „Zonengrenze“. „Point Alpha“ präsentiert am authentischen Ort die Konfrontation der beiden Machtblöcke, den Aufbau der Grenzanlagen mit ihren Sicherungselementen, militärische Abläufe sowie das Leben an und mit der Grenze aus der Sicht der Bevölkerung. Abendessen gibt es im Hotel.

Am 25. April ist eine Bustour geplant zur Wasserkuppe. Der Besuch des Segelfluggmuseums gehört mit zum Tagesprogramm. Das Mittagessen wird unterwegs eingenommen. Von der Wasserkuppe aus fahren wir zum Kreuzberg (928m), mit Franziskanerkloster und Brauerei, wo wir die Brauerei besichtigen, das köstliche Bier genießen und hier auch zu Abend essen.

Am letzten Tag (26.) ist eine Stadtführung in Tann geplant, mit Besichtigung des Freiluftmuseums. Zum Abschluss gibt es noch ein Mittagessen und dann erfolgt die Heimfahrt.

Geplant ist diese Frühlingstour für alle Pensionär/innen und Rentner/innen der GdP mit Partner/in. Es dürfen aber auch interessierte ältere Mitglieder teilnehmen. Eine Mindestteilnehmerzahl von 30 Per-

sonen ist aus Kostengründen (Vollpension, Busausflüge, Eintrittspreise) notwendig. Der Preis beträgt 200 Euro pro Person.

Die Anmeldung muss schriftlich erfolgen bis zum 10. April an:

Gewerkschaft der Polizei, Ruth Brunner, Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden.

Die Zahlung erfolgt auf das Konto: Wiesbadener Volksbank, Kto: 6784003, BLZ: 51090000, Kennwort: „Rhön“.

Anzugeben sind Name, Adresse, Telefonnummer und Alter. Weitere Auskünfte zu der Tour gibt es bei Hermann Müller, Telefon 01525-6127159 und bei Norbert Weinbach, Tel. 06251-52889. nw

Vom Hörensagen über das Erstgespräch bis hin zur stabilen Unterstützung...

... das Thema „**Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz**“ mit ihren Ursachen, ihren Folgen und möglichen Handlungshilfen beschäftigte im November zahlreiche Interessierte des Polizeipräsidiums Osthessen. Insgesamt 13 Personen bot sich die Möglichkeit, an einem Fachvortrag zum Thema „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“ teilzunehmen. Die Referentin, Frau Anita Eckhard, von der Geschäftsstelle des Bundesverbandes Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (BFF) vermittelte dabei nicht nur theoretisches Wissen, sondern gab auch die Möglichkeit, an praktischen Beispielen selbst zu handeln.

Ist ein sexistischer Witz, welcher ein Kollege im Beisein mehrerer (unter anderem auch Kolleginnen) vorträgt, bereits sexuelle Belästigung oder der Kalender, der in einem Gemeinschaftsraum hängt und wenig bekleidete Frauen zeigt? Die bunte Mischung der Anwesenden war sehr hilfreich und konstruktiv. Dienstgruppenleiter, Kommissariatsleiter, Stationsleiter, soziale Ansprechpartner, Vertreter der Schwerbehindertenvertretung und des Personalrats, sowie die Frauenbeauftragte und ihre Vertreterin sorgten dafür, dass verschiedenste Situationen aus breitgefächerten Blickwinkeln betrachtet werden konnten.

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist nicht nur verboten, sondern stellt auch eine Verletzung der arbeitsvertraglichen Pflichten beziehungsweise ein Dienstvergehen dar. Es kann sogar Straftatbestände erfüllen. Die gesetzlichen Bestimmungen dazu finden wir unter anderem im Grundgesetz, im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) aber natürlich auch im Strafgesetzbuch. Sprachlos machten die Zahlen, welche die Referentin aus verschiedenen Statistiken aufzeigte:

- I Mindestens jede sechste der befragten Frauen hat Belästigungen im Arbeitskontext erlebt.



Die Teilnehmer/-innen.

- I Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz findet zu 62 Prozent durch verheiratete Männer statt; meist sind es keine Vorgesetzten oder Ausbilder sondern die Kollegen, mit denen man täglich zu tun hat.
- I Das Dunkelfeld ist noch immer unglaublich hoch; gerade der Bereich der sexuellen Belästigungen an Männern wird auf Grund der gesellschaftlichen zugeschriebenen Rolle nur marginal an die Öffentlichkeit gebracht.

Doch was kann man tun, wenn man zum Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz von einer betroffenen Person angesprochen wird? Die wichtigste Grundregel ist, die betroffene Person in Ruhe be-

richten zu lassen und herauszuhören, was ihr Wunsch ist. Wie so oft ist auch dieses nicht nach einem bestimmten Schema abzuhandeln. Es wird nie einen einzigen Weg geben, um ans Ziel zu kommen, da es für jede einzelne Situation personen- und situationsabhängig unterschiedlichste Ziele gibt. Hilfreich sind allerdings Handlungs- und Verhaltensempfehlungen, die auf den Seiten der Frauenbeauftragten zu finden sind.

Was also haben wir in dem Seminar gelernt? Die Verantwortung für einen belästigungsfreien Arbeitsplatz trägt jeder einzelne, sei es der Kollege, der Vorgesetzte, der Personalrat oder die Frauenbeauftragte. Man sollte offen und aufmerksam sein und Verhaltensänderungen von möglichen Betroffenen hinterfragen, egal in welcher Position man sich befindet!

Conny Jehnert
Fulda

DGB-Analyse

Erwerbstätige häufiger arm

Arm trotz Arbeit, das gilt für immer mehr Beschäftigte in Deutschland – allerdings mit regionalen Unterschieden.

Eine DGB-Analyse zeigt: Das Verarmungsrisiko ist in den neuen Ländern deutlich höher. So bezogen 2010 in Ostdeutschland rund 37 Prozent aller Hartz-IV-Haushalte Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Im Westen waren es 33 Prozent. Schlusslicht ist Sachsen mit 39 Prozent, Hamburg hat den niedrigsten Stand mit 30 Prozent. DGB-Experte Wilhelm Adamy erklärt: „Dies zeigt, dass Hartz IV keinesfalls nur ein Für-

sorgesystem für Erwerbslose ist, sondern häufig auch ein sehr niedriges Erwerbseinkommen auf das gesellschaftliche Existenzminimum anheben muss. „Allerdings sind die Zuwächse im Westen höher. So ist die Zahl der Haushalte mit mindestens einem erwerbstätigen Hartz-IV-Empfänger von 2007 bis 2010 um 14 Prozent gestiegen, in Ostdeutschland um elf Prozent.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Ein Messerangriff kann lebensgefährlich sein

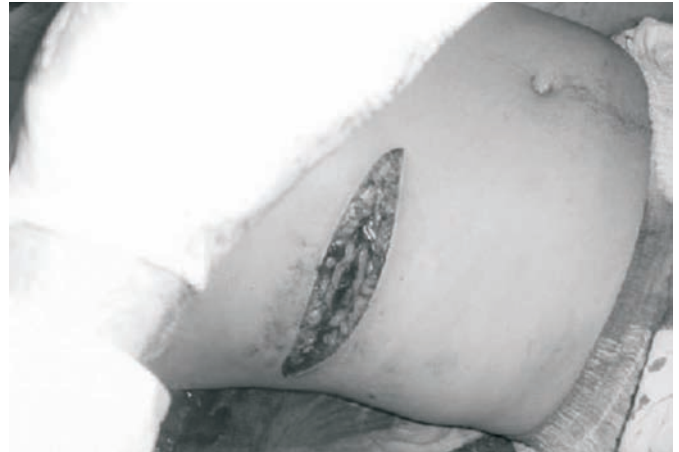
Im täglichen Dienst kommt es mittlerweile leider häufiger vor, dass Polizeibeamtinnen und –beamte vom polizeilichen Gegenüber mit einem Messer angegriffen werden. Meist eskalieren solche Einsätze aus anfänglich harmlosen Ausgangssituationen wie z.B. Ruhestörungen oder Familienstreitigkeiten.

Nun muss eine Polizistin oder Polizist in Bruchteilen von Sekunden entscheiden, wie der gegenwärtige Messerangriff am besten und natürlich mit dem mildesten Mittel abgewehrt werden kann. Nicht zu vernachlässigen sind mitunter die Fähigkeiten des Angreifers im Umgang mit einem Messer. Ob jemand im Umgang mit Stichwaffen trainiert ist oder nicht, kann man ihm wohl eher nicht ansehen.

Das Bild zeigt einen verletzten amerikanischen Kollegen, der selbst ein trainierter Einzelkämpfer ist. Leider hatte er wohl die Situation mit dem Messerangreifer falsch eingeschätzt. Er wollte den Angriff mit den Händen abwehren und die Lage so bewältigen.

Fazit: Ein Angriff mit einem Messer ist lebensgefährlich und kann auch tödlich enden.

Greift jemand eine Polizeibeamtin oder –beamten mit einem Messer an, so muss der Angreifer damit rechnen, dass die Polizisten die Schusswaffe, falls es erforderlich wird, einsetzen, weil die Situation lebensbedrohlich und nicht anders abwendbar gewesen ist.



Ein Angriff durch ein Messer kann zu schwersten Verletzungen führen, wie unser Bild zeigt.

Sofern es zum Schusswaffengebrauch in solchen Situationen kommt, ist ein gezielter Beinschuss oft nicht das zielführende Mittel, um den Angriff abzuwehren.

Vorschnelle Lagebeurteilungen durch Außenstehende, wie im Fall des Schusswaffengebrauch in Maintal durch die Presse geschehen, sind fehl am Platz. Sie haben nur ein Ziel: Eine möglichst "gute (verkaufsfördernde)" Schlagzeile zu veröffentlichen.

Werner Lessmann/
Karsten Bech

Auch Mensch: Gewalt gegen Polizeibeamte

Mit einem GdP-Stand in der Hamburger Innenstadt am 28. Februar informierte der Bundesjugendvorstand über die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und –beamte. Dies war eine weitere Aktion aus der Reihe „Auch Mensch“, dieses Mal unterstützt vom Landesbezirk Hamburg. Die so sensibilisierten Bürgerinnen und Bürger zeigten in den zahlreich geführten Gesprächen sehr viel Interesse und Zustimmung.

Aber auch die lokalen Medien, wie NDR 90.2 oder Hamburg 1, sowie Vertreter der Hamburger Parteien ließen es sich an diesem Tag nicht nehmen, den GdP-Stand aufzusuchen und sich persönlich zu informieren.

Neben dem Fraktionsvorsitzenden der Hamburger SPD, Dr. Andreas Dressel, besuchten auch Carl-Edgar Jarchow von der FDP und Mitglieder der CDU die Aktionsveranstaltung der JUNGEN GRUPPE Bund. Von der Junge Gruppe Hessen waren der stellv.

Bundesjugendvorsitzende Jochen Zeng und der Unterzeichner vor Ort, um die Aktion zu unterstützen.

Die erfolgreiche Info-Veranstaltung, die nicht nur durch die vielen persönlichen Gespräche, sondern auch durch die Verteilung von mehreren tausend Flyern auf sich aufmerksam machte, wurde in den frühen Abendstunden beendet.



Als Fazit bleibt festzustellen, dass die Bevölkerung in der Breite weiß, dass die Polizei gute und wertvolle Arbeit leistet, die auch anerkannt wird. Nun ist es an der Politik tätig zu werden, um der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamten entgegenzuwirken. Warten wir ab, ob

dem entgegengebrachten Verständnis der anwesenden Politiker auch Taten folgen werden.

Daniel Klimpke

Mentoring Projekt für Frauen in der GdP

Mentoring Projekt für Frauen der GdP Mit gleich zwei Frauen ist der Landesbezirk Hessen bei einem, bis dato in der GdP einmaligem Mentoringprojekt vertreten.

Jutta Schütz (PP Südhessen) und Katrin Kuhl (PTLV) haben sich erfolgreich auf die Ausschreibung in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ beworben.

Laut Ausschreibung in der Deutschen Polizei soll durch dieses Projekt nicht nur ein Generationswechsel, sondern auch eine Erhöhung des Frauenanteils auf der Funktionärssebene der GdP eingeläutet werden.

Zur Auftaktveranstaltung vom Anfang Februar 2012 begleiteten natürlich die beiden Mentoren Jörg Schumacher (PPSOH) und Ralf Humpf (HLKA) Ihre „Schützlinge“ und so startete das Quartett mit vielen Fragezeichen bzgl. der Durchführung im Gepäck Richtung Berlin. Insgesamt zwölf sogenannte Tandems (Mentee und Mentor) aus ganz Deutschland nehmen teil.

Dass es sich hier um ein für die GdP wichtiges Projekt handelt, zeigte neben der hochkarätigen Auswahl von Mentoren nicht zuletzt auch die Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut.

Neben ihm wurden die Teilnehmer/innen auch von Dagmar Hölz (Vorsitzende der Frauengruppe Bund), Elke Gündner-Ede (verantwortlich für die Frauen- und Gleichstellungspolitik im geschäftsführenden Bundesvorstand), Annette Terweide (Referentin Frauen) und der Soziologin Margaretha Müller – die das komplette Projekt fachlich unterstützt - begrüßt. Bereits bei der Vorstellungsrunde der Tandems wurde klar, dass die Fragezeichen, was einen in den nächsten 18 Monaten erwartet, nicht nur im Gepäck der hessischen Teilnehmer waren. Doch bereits am ersten Abend konnten die ersten Fragezeichen durch Ausrufungszeichen ersetzt werden.

Für die Dauer von 18 Monaten wird zwischen dem so genannten Mentee und Ihrem Mentor eine gewerkschaftliche Beziehung entstehen, bei der der Mentor sei-



Teilnehmer der GdP-Auftaktveranstaltung; v.l.: Jörg Schumacher, Katrin Kuhl, Ralf Humpf und Jutta Schütz .

ne Erfahrungen und sein Wissen an seine Mentee weitergibt und Ihr einen Einblick in die Funktion sowie in die generelle GdP Arbeit verschafft. Beispielsweise durch „einfachen“ Informationsaustausch oder durch Begleitung zu den unterschiedlichsten gewerkschaftlichen Terminen.

Diese ersten Erkenntnisse wurden am Abend bei einem Bierchen in der „Zillestube“ noch weiter diskutiert und so konnte der zweite Tag auch die letzten Fragezeichen ausräumen. Die Vorstellungen, Erwartungen und Ziele wurden zunächst in einzelnen Gruppen nach Mentor und Mentee getrennt zusammengetragen und verfeinert, bevor die Tandems in „Verhandlung“ traten und individuelle Vereinbarungen schlossen.

Nach zwei konstruktiven Tagen freuten sich die Teilnehmer auf die kommenden 18 Monate und den im November stattfindenden Zwischenworkshop und auf die bis dahin gesammelten Erfahrungen.

Katrin Kuhl

Öffentlicher Dienst

Besonderer Schutz für Schwerbehinderte

Ein öffentlicher Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet, einen schwerbehinderten Menschen, der sich auf eine ausgeschriebene Stelle unter Mitteilung seiner Schwerbehinderteneigenschaft beworben hat, zu einem Vorstellungsgespräch einzuladen, es sei denn, diesem fehlt offensichtlich die fachliche Eignung für die ausgeschriebene Stelle. Eine unterbliebene Einladung lässt vermuten, dass der Bewerber wegen seiner Schwerbehinderung benachteiligt worden ist.

Diese Vermutung kann der öffentliche Arbeitgeber durch den Beweis widerlegen, dass für die Nichteinladung nur solche Gründe vorgelegen haben, welche nicht die fehlende Eignung des Bewerbers oder dessen Schwerbehinderung betreffen. Liegt eine Benachteiligung vor, so hat der Arbeitnehmer einen Anspruch auf Entschädigung.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 16. Februar 2012 -
8 AZR 697/10

Verdrängt die grüne Frage die soziale Gerechtigkeit?

Zu dem spannenden Thema der Gesprächsreihe Kirche/Gewerkschaft sprach Mitte Februar Prof. Dr. Hengsbach im Fuldaer Bonifatiushaus.

Am Anfang stand eine Überprüfung des in der deutschen Bevölkerung vorherrschenden Gefühls, dass das Vermögen ungerecht verteilt ist. Dieses Gefühl ist aus wissenschaftlicher Sicht zu bestätigen. Allein das obere Zehntel der Vermögenden besitzt etwa die Hälfte am Gesamtvermögen, während das untere Viertel verschuldet, arm und kaum vermögend ist. Diese Schere ist in den letzten Jahren explosionsartig zugunsten der Reichen auseinander gegangen.

Gleichzeitig treten ökologische Fragen bei der globalen Veränderung (politisch) in den Vordergrund. Klimaerwärmung, Luftverschmutzung, radioaktive Verstrahlung und Wasserknappheit haben zu einem gewissen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung geführt und selbst bei Wahlen schon Veränderungen herbeigeführt, bspw. bei den Landtagswahlen in Baden Württemberg.

Politisch wird in Ansätzen auf diese ökologischen Fragen auch reagiert. In vielen europäischen Ländern hat die Politik verschiedene Kommissionen eingesetzt und mit Prüfungsaufträgen zum *umweltbewussten Wachstum* versehen, da die bisherige Form des Wachstums nicht fortsetzbar sei.

Eine tiefgreifende neue politische Ausrichtung ist aber tatsächlich so gut wie nicht feststellbar. Dies hat seinen Grund darin, dass die deutsche (und die globale) Wirtschaftspolitik nach wie vor marktorientiert ist, also nach mehr *Wachstum* strebt. Wachstum als solches ist und muss nicht unbedingt schlecht sein. Gerade dann, wenn alle daran teilhaben können. Wir unterlagen aber lange dem Trugschluss: Wenn es den oberen Schichten gut geht, bekommen die unteren Schichten auch genug ab. Mit dem positiven



Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, geboren 1937 in Dortmund.

Biographie

1948-1957 Besuch des humanistischen Gymnasiums.

1957 Abitur und Eintritt in den Jesuitenorden.

1959-1962 Studium der Philosophie in München.

1964-1968 Studium der Theologie in Frankfurt am Main.

1968-1972 Studium der Wirtschaftswissenschaften in Bochum.

1977-1982 Lehrbeauftragter für Christliche Sozialwissenschaft an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main.

1982 Habilitation über Arbeitsethik: "Die Arbeit hat Vorrang - eine Option katholischer Soziallehre".

1985 Professor für Christliche Sozialwissenschaft/Wirtschafts- und Gesellschaftslehre.

1992 Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik.

1998 Gustav Heinemann Bürgerpreis.

2004 Regine - Hildebrandt - Preis für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut

2005 Emeritierung

2006 Abgabe der Institutsleitung

2009 Wohnortwechsel ins Heinrich Pesch Haus nach Ludwigshafen am Rhein.

Veröffentlichungen (eine Auswahl)

Gerechtigkeit und Solidarität im Schatten der Globalisierung. Handlungsoptionen reifer Volkswirtschaften, Policy Paper 26 der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 2007.

Das Reformspektakel. Warum der menschliche Faktor mehr Respekt verdient, Freiburg i.Br. u.a., 2004.

Die ändern im Blick. Christliche Gesellschaftsethik in den Zeiten der Globalisierung, Darmstadt 2001.

Aus der Schieflage heraus. Für eine demokratische Verteilung von Arbeit und Reichtum (zusammen mit Matthias Möhring-Hesse), Bonn 1999.

Reformen fallen nicht vom Himmel. Was kommt nach dem Sozialwort der Kirchen? (Zusammen mit Bernhard Emunds und Matthias Möhring-Hesse), Freiburg i. Br. 1997.

"Eure Armut kotzt uns an" (Hg. zusammen mit Matthias Möhring-Hesse), Frankfurt am Main 1995.

Nebeneffekt, dass der Sozialstaat problemlos finanzierbar ist und eine nachhaltige Umweltpolitik möglich sein werde. Dies ist aber seit Jahren nicht mehr der Fall, da Kapitaleigner nicht mehr Produktsteigerungen sondern einzig allein ihre Vermögenserhöhung anstreben. Diese Auswüchse haben schließlich zu der aktuellen Finanz- und Staatenkrise geführt. Das Wachstum im bisherigen industriellen Kapitalismus (auch entfesselter Kapitalismus) ist laut Prof. Hengsbach der Griff in die „Sparbüchse Erde“, die sich immer dramatischer entleert.

Die nötige (globale) ökologische Wende trifft damit unweigerlich auf die geschilderten Interessen des Turbokapitalismus (der Großbanken, Versicherungs- und Energiekonzerne usw.). Dieser kann wegen seiner ausschließlichen Profitorientierung überhaupt kein Interesse daran haben.

Für Prof. Hengsbach ist die Frage zur theoretischen und praktischen *Vereinbarkeit von Gerechtigkeit und Ökologie* im gesellschaftlichen Konsens notwendig. Gerechtigkeit ist die Grundnorm der politischen Regel. Dies ist in den letzten Jahrzehnten außer Acht gelassen worden. Unter den Stichworten Globalisierung, technischer und demographischer Wandel wurde der Wert „Gerechtigkeit“ durch „Chancengleichheit“ ersetzt.

Dazu kam noch das Motto: „Leistung soll sich lohnen“.

Mit diesen beiden Begriffen wurde der Gesellschaft suggeriert, dass die großen Unterschiede bei den Löhnen sowie der Einkommens- und Vermögensverteilung in der Gesellschaft dadurch ihre Berechtigung haben. Schließlich kann es jeder zu etwas bringen. Man muss nur seine Chance nutzen!? Gerechtigkeit meint dagegen Gleichheit, die im direkten Verhältnis zueinander stehen muss.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen laut Prof. Hengsbach, gegenüber den gesellschaftlichen

Gruppe gerecht- fertigt sein, die am unteren Rand stehen.

Die ökologische Frage spitzt diese Aussage noch weiter zu! Für die Erdenbürger gilt schließlich: Wir sitzen alle im gleichen Boot! Deshalb besteht ein gleiches Recht für alle auf eine menschenwürdige Umwelt! Die Umwelt ist demnach ein öffentliches Gut. Ökologische Verantwortung für technische Vorgänge müssen ein Weiterleben im Ganzen und auf Dauer ermöglichen. Aber wer tut dies freiwillig? Einzelne Unternehmen sicherlich nicht, da sie wettbewerbsfähig bleiben wollen. Es müssen politische Lösungen her, so der Referent Hengsbach.

Dazu liegt der erste Ansatz bei den Finanzmärkten. Diese und deren Produkte sind zu kontrollieren. Die Finanztransaktionssteuer ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Zweitens sind die bestehenden Arbeitsverhältnisse zu ändern, z.B. durch Stärkung der Tarifautonomie

und –bindung, Mindestlöhne sind festzusetzen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Ansprüche aller Beschäftigten für betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen, Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen, Versicherungspflicht für Scheinselbstständige...

Aber wie lässt sich die ökologische Wende herbeiführen? Der Markt alleine wird es nicht schaffen, schon gar nicht freiwillig. Nach Prof. Dr. Hengsbach ist das Wirtschaftswachstum vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu trennen, da notwendige und unverzichtbare gesellschaftliche Leistungen vom BIP überhaupt nicht erfasst werden. Dazu zählen z.B. ehrenamtliche Tätigkeiten, Hausarbeit, Kindererziehung, häusliche Pflege, aber auch die entstandenen und entstehenden Umweltschäden. Solche Faktoren sind stattdessen im BiP zu berücksichtigen.

Für Prof. Hengsbach sind Strukturveränderungen, die uns alle betreffen, für eine ökologische Wende unverzichtbar. Wir können unseren Lebensstil in der bisherigen Form so nicht fortsetzen und müssen weg von der Konsumgesellschaft. Die de-/zentrale ökologische Energiegewinnung ist unumgänglich und sollte die örtlichen Voraussetzungen optimal nutzen (z.B. Solarstrom insbesondere in den südlichen europäischen Ländern ausbauen). Nicht zu letzt ist unsere Ernährungsweise radikal zu verändern. Dabei ist deren Herstellung bzw. Erzeugung bis hin zur Verpackung kritisch zu betrachten.

Thomas Scheunert
Kreisgruppe Fulda

Das lange Warten hat ein Ende...

Die Dezentrale Ermittlungsgruppe der Polizeistation Fulda hat wieder einen Leiter. Letztendlich konnte sich PHK Matthias Krönung unter mehreren Mitbewerbern durchsetzen und wurde Mitte Januar 2012 offiziell in sein neues Amt eingeführt.

Als der heute 49 Jahre alte Matthias Krönung 1979 bei der Hessischen Polizei begann, ahnte er vermutlich bereits, dass er irgendwann wieder dort arbeiten wird, wo er seit seiner frühen Jugend daheim ist – in Fulda. Dazu nahm er einige Etappen in Kauf. Nach der obligatorischen Verwendung im Rhein – Main – Gebiet, welche Matthias Krönung in den ersten elf Dienstjahren im Bereich Offenbach und Hanau verbrachte, schaffte er bereits 1990 den Sprung nach Osthessen.

Bei der Polizeistation in Lauterbach war er zunächst als Streifenbeamter und nach erfolgreichem Stu-



Matthias Krönung.

dium später in der Ermittlungsgruppe tätig. Es folgten Abstecher als Leiter der OPE Alsfeld sowie des Polizeipostens Schlitz, bevor Matthias Krönung die Abwesenheitsvertretung der DEG Lauterbach übernahm. Von dort aus bewarb er sich

dann 2011 auf die Stelle in Fulda und erhielt den Zuschlag.

Wir wünschen Matthias Krönung für seine neue Aufgabe alles Gute, viele positive Erfahrungen, eine ordentliche Portion Geduld und immer ein offenes Ohr für sein neues Team.

Conny Jehnert
Fulda



Der Leiter des Einbruchskommissariats Michael Otto geht in Ruhestand

Mit den Worten: „Heute verabschieden wir einen Vollblutkriminalisten“, leitete Osthesens Polizeipräsident Alfons Hoff die feierliche Veranstaltung ein, in der er Michael Otto die Urkunde zur Versetzung in den Ruhestand überreichte.

Vor seinem Eintritt in die hessische Polizei hatte Michael Otto zunächst eine Lehre zum Textilmaschinenbauer absolviert und danach als technischer Zeichner gearbeitet. In seiner anschließenden zweijährigen Zeit bei der Bundeswehr schlug er die Offizierslaufbahn ein. Im November 1974 begann für den damals 23-jährigen seine Laufbahn als Direkteinsteiger bei der Kriminalpolizei. Während er seine Erfahrungen bei verschiedenen Kriminaldienststellen im südhessischen Raum sammelte, qualifizierte er sich zur Ausbildung für den gehobenen Polizeidienst und studierte von 1985 bis 1988. Als Kriminalkommissar kehrte er zu seiner Dienststelle in Hanau zurück. Über das Mobile Einsatzkommando Kassel (MEK) und die Kripo Bad Hersfeld, gelang ihm schließlich die Versetzung nach Fulda. Bei der Kripo Fulda wurde er zunächst Dienstgruppen-



Foto oben, v.l.: RKI-Leiter Holger Bachmann, Michael Otto, seine Ehefrau Pia Otto, seine Tochter Sylvana, die ebenfalls Polizistin ist, sein Sohn Marcel und die Schwiegertochter Bianka.
Foto links: Thomas Scheunert (links) bedankt sich bei Michael Otto für die engagierte Arbeit im GdP-Kreisgruppenvorstand.

penleiter im Kriminaldauerdienst und ab 2001 Leiter des Kommissariats für schwere Eigentumsdelikte.

Neben einer hohen Motivation und Fachkompetenz bei seinen dienstlichen Tätigkeiten, bescheinigte Präsident Hoff ihm eine überragende soziale Kompetenz bei der

Führung und Motivation seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit sehr viel Empathie sei es ihm immer wieder gelungen auf Menschen einzugehen und ihnen bei Problemlösungen behilflich zu sein.

In seinem Grußwort überbrachte PR-Vorsitzender Thomas Scheunert den Dank und die Anerkennung für die Mitarbeiter und betonte auch das Engagement von Michael Otto im GdP-Vorstand. Zum Abschied überreichten die Mitarbeiter ihre Geschenke und Matthias Beck bedankte sich für das Fachkommissariat. Auch die Ehefrau des künftigen Pensionärs, Pia Otto, ergriff das Mikrofon und ließ noch einmal dienstliche Höhepunkte aus der Karriere ihres Mannes hervorblitzen.

Michael Otto dankte sichtlich bewegt für die netten Worte und Geschenke. Der Dienst habe ihm immer viel Freude bereitet und ihn mit Zufriedenheit erfüllt. Seinen nächsten Lebensabschnitt wird er positiv angehen und sich mehr um seine Familie und Hobbys kümmern. Auch seiner Gewerkschaft bleibt er natürlich weiterhin verbunden, zumal seine Tochter Sylvana beim PP Nordhessen in seine Fußstapfen getreten ist.

gdp/ms



Sein Kommissariat verabschiedet sich: v.l.: Michael Otto, Ralf Schrimpf, Jutta Lindenthal, Rudi Lorenz, Peter Auth und sein Vertreter Matthias Beck.

Herzlich Willkommen beim PP Südosthessen

27 neue Kolleginnen und Kollegen, davon 17 GdP-Mitglieder, konnte Polizeipräsident Roland Ullmann mit seinen Führungskräften sowie der Frauenbeauftragten und dem Personalratsvorsitzenden Rudi Ott am 01. Februar 2012 im Präsidium Südosthessen begrüßen und anschließend ihren neuen Dienststellen zuweisen. Anschließend wurden die GdP-Mitglieder von Jörg Schumacher im Namen des Bezirksgruppenvorstandes willkommen geheißen und ihnen ihr Antrittspräsent überreicht.

Die GdP wünscht allen „Neuen“ viel Glück und alles Gute auf ihren neuen Dienststellen. BZG/JS



Polizei-Sozialhilfe-Hessen e.V.

Einladung zur Mitgliederversammlung

Gemäß § 14 der PSHH-Satzung vom 08.10.2009:

**am 19.04.2012, 11.00 Uhr
in Wiesbaden, Hess. Polizeiakademie
(ehem. HPS) Kantine nebenraum.**

Tagesordnung:

- TOP : Begrüßung durch den Vorsitzenden
- TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 3: Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 4: Bestätigung der Protokolle (letzte MG-bzw. JHV Versammlung).
- TOP 5 - Berichterstattungen
 - a) stellvertr. Vorsitzender
 - b) Schatzmeister
 - c) Kassenprüfer
- TOP 6: Entlastung des Vorstandes
- TOP 7: Wahl der Kassenprüfer
- TOP 8: Behandlung von Anträgen

Hinweis: Ergänzungen und Anträge zur Tagesordnung sind eine Woche vor der Mitgliederversammlung dem Vorstand schriftlich einzureichen.

Ich wünsche Ihnen allen eine gute Anfahrt und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Oswin Karolus
Vorsitzender

Kreisgruppe Offenbach

Einladung zur Jahreshauptversammlung

**Freitag, 11. Mai 2012, 0930 Uhr;
63179 Obertshausen, Tempelhofer Straße
10; Bürgerhaus, Restaurant**

Tagesordnung:

1. Eröffnung / Begrüßung
2. Bericht des Vorsitzenden
3. Bericht des Kassierers
4. Bericht der Kassenprüfer
5. Grußwort aus dem PP Südosthessen
6. Bericht des Landesvorsitzenden J. Bruchmüller
7. Aussprache zu den Berichten
8. Personalratswahlen 2012
9. Bericht aus dem Hauptpersonalrat/
Jens Mohrherr
10. Ehrung der Jubilare
11. Anfragen und Verschiedenes

Für das leibliche Wohl wird wie immer bestens gesorgt sein!

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen und wünschen eine gute Anreise.

Mit kollegialen Grüßen
Der Vorstand

Irene Dietz geht in die Freistellungsphase



So kennen wir unsere allseits geschätzte Kollegin Irene Dietz.

Mit der Vollendung des 60. Lebensjahres am 1. März 2012 trat Frau Irene Dietz vom Geschäftszimmer der Polizeistation Hünfeld in die Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Irene Dietz trat ihren Dienst am 1.5.1977 bei der Leitung der Polizeidirektion Fulda an. Zum Team gehörten damals Personen wie PD Rupperti, als Direktionsleiter, POR Bangert als Leiter S, PHK K.-D. Stein als S I/II und Frau Diwis am Geschäftszimmer der Polizeidirektion.

Irene Dietz war Industriekauffrau bei der Fa. Rhodius in Fulda, anschließend drei Jahre beim Post-scheckamt Frankfurt. Das neue Amt bei der Polizei war Anfangs nicht

ganz einfach. Doch die Eingewöhnungsphase ging dann doch schneller als gedacht und im Handumdrehen waren 17,5 Jahre bei der PD Fulda vergangen.

Am 17.10.1994 wechselte Irene Dietz ins Geschäftszimmer der Polizeistation Hünfeld. Und wiederum sollten dort 17,5 Jahre Dienst zu verrichten sein. Insgesamt also ganze 35 Jahre im Dienst der Fuldaer Polizei.

Eine große Anzahl von Mitarbeitern der Polizeistation Hünfeld verabschiedete die stets hilfsbereite, freundliche und sehr geschätzte Kollegin an ihrem letzten Arbeitstag.
gdp/hün

Beihilferecht: Kein Zuschuss für nahe Angehörige

Ein Beamter hat keinen Anspruch auf Beihilfe, wenn er im Betrieb eines nahen Angehörigen von Angestellten behandelt worden ist und der Angehörige als Inhaber der Praxis die Honorarforderung geltend macht. Nach den Beihilfavorschriften sind Aufwendungen für die persönliche Tätigkeit eines nahen Angehörigen (Ehegatten, Eltern und Kinder) bei einer Heilbehandlung nicht beihilfefähig.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 29. September 2011 – 2 C
80.10

Rundfunkgebühr: Befreiung nur für BAföG-Studenten

Von der Rundfunkgebührenpflicht befreit werden Bezieher bestimmter staatlicher Sozialleistungen wie BAföG. Studenten/ -innen, die keine BAföG-Leistungen beziehen, sondern ihren Lebensunterhalt durch einen Studienkredit bestreiten, können grundsätzlich nicht von der Rundfunkgebührenpflicht befreit werden.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 12. Oktober 2011 - 6 C
34.10

Altersarmut: Zuschussrente bringt nichts

Der Sozialbeirat, dem neben Arbeitgeberverbänden und Wissenschaftlern auch die Gewerkschaften angehören, kommt zu dem Ergebnis, dass die Bundesregierung bislang noch keinen brauchbaren Plan zur Bekämpfung der Altersarmut vorgelegt hat. Auch die von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) angekündigte „Zuschussrente“ taugt dazu nicht.

Das Wort klingt nach mehr Geld, doch für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ist es „ein Placebo“: Lässt hoffen – hilft aber nicht wirklich. Die meisten Arbeitnehmer/-innen würden bei diesem Konzept leer ausgehen. Vor allem die ohnehin stark gefährdeten Gruppen, wie Menschen mit Erwerbsminderung oder längeren Arbeitslosenzeiten, hätten von einer solchen Lösung nichts, kritisiert Buntenbach.

aus einblick 22-2011

Minijobs: Fragwürdige Erhöhung

Es klingt nach Einkommenssteigerung und bringt doch nichts. Mit

der Anhebung der Minijob-Grenze von 400 auf 450 Euro wird nicht eine Minijobberin mehr Geld in der Tasche haben als zuvor. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach hält den Beschluss für „falsch und irreführend“. Ein Großteil der Betroffenen liegt schon heute unterhalb der 400-Euro-Grenze. Im Durchschnitt verdienen die sieben Millionen Minijobber rund 260 Euro im Westen und 200 Euro im Osten. Was wirklich helfen würde, betont Buntenbach, ist ein flächen-deckender Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde.

aus einblick 22-2011

Zusammenarbeit

Die Gewerkschaft der Polizei fordert eine engere Kooperation mit dem Verfassungsschutz. Die rechtsterroristischen Morde und Anschläge hätten gezeigt, dass dies nötig sei. Der GdP-Vorsitzende Bernhard Withhaut erwartet, dass „strafrechtlich relevante Informationen künftig an Polizei und Staatsanwaltschaft übermittelt werden“.

Mit einer starken GdP auf Erfolgskurs

Beginn der Freistellungsphase der Altersteilzeit von Otto Naderer

Rosenmontag 2012 hat für den Sachbearbeiter für Brandschutz und Arbeitssicherheit, Otto Naderer, die Freistellungsphase seiner Altersteilzeit.



Otto Naderer.

Im Juli 2001 hat Otto Naderer beim Polizeipräsidium Osthessen in Fulda als Hausmeister begonnen. Aufgrund seiner beruflichen Vorbildung (Elektroinstallationsmeister) sowie seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Gemeindebrandinspektor in seiner Heimatgemeinde Ehrenberg wurden ihm am 01. Juli 2002 die Aufgaben des Sicherheits- und Brandschutzbeauftragten übertragen. In dieser Funktion hat er Naderer einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau einer funktionierenden Arbeitsschutzorganisation des PP Osthessen geleistet.

Unter dem Motto: "Otto...find' ich gut" wurde er am 16. Februar 2012 im Beisein des Polizeipräsidenten Alfons Hoff, und der Abteilungsleiterin Verwaltung, Frau Dr. Göttlicher, von seinen Kolleginnen und Kollegen in die Freistellungsphase seiner Altersteilzeit verabschiedet.



Sachgebietsleiter Steffen Blumenthal, der in diesem Jahr Fastnachtsprinz in Kleinlüder war, verabschiedete Otto Naderer mit karnevalistischen Versen.

Wir wünschen unserem engagierten, zuverlässigen und hilfsbereiten Kollegen für seinen weiteren Lebensweg alles Gute.

Egon Knieling
Fulda

Fachfrau für Verwaltung

Darmstädterin Jutta Schütz im Bundesfachausschuss Polizeiverwaltung



Jutta Schütz ist neu im Landesvorstand der hessischen GdP nw

Seit Juli 2009 arbeitet die Verwaltungsoberspektorin Jutta Schütz beim Polizeipräsidium Südhessen. Dort versieht sie Dienst als Personal-sachbearbeiterin bei V 32. Darüber hinaus ist sie zuständig für die Ausbildung der Verwaltungsfachangestellten beim PP Südhessen. Jutta Schütz vertritt den Fachbereich Verwaltung. Im Juli 2011 wurde sie auf Vorschlag der BZG Südhessen Mitglied im Bundesfachausschuss für Polizeiverwaltung und aktuell ist sie Teilnehmerin für den Landesbezirk Hessen ausgewählt worden für das Mentoring-Projekt der Frauengruppe Bund. Ihr Mentor ist Jörg Bruchmüller. Die Auftaktveranstaltung für das Projekt fand Anfang Februar diesen Jahres statt.

Jutta Schütz (28) ist aufgewachsen in Nauheim und Trebur und später zu ihrem Mann nach

Ober-Ramstadt (Wembach-Hahn) gezogen. Im Mai 2005 wurde der gemeinsame Sohn Marlon geboren und im August 2008 hat das Paar geheiratet.

Jutta absolvierte von 2001 bis 2004 eine Ausbildung als Inspektoranwärterin beim Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung in Wiesbaden. Im Anschluss an die Elternzeit und einem halbjährigen befristeten Arbeitsverhältnis beim Hessischen Landeskriminalamt nahm sie im Juli 2006 ihren Dienst beim Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie in Wiesbaden auf. Jutta wurde dort zunächst in einem Angestelltenverhältnis eingestellt, bevor sie 2007, entsprechend ihrer Ausbildung, in das Beamtenverhältnis übernommen wurde. ms

Peter Schwan wurde in den Ruhestand verabschiedet

Am Samstag, den 17. Dezember 2011, feierte Peter Schwan gemeinsam mit seiner Familie, Freunden und den Kollegen aus seiner Dienstgruppe der Polizeistation Bad Orb seinen 60. Geburtstag. Die Geburtstagsfeier fand in Lauterbach-Maar in einem großartig organisierten Rahmen statt, Peter erhielt eine Wochenendreise für zwei Personen von den Kollegen seiner Dienstgruppe. Udo Manz übergab ihm nach 39 jähriger Mitgliedschaft im Namen der GdP, Kreisgruppe Main-Kinzig, als Abschiedsgeschenk eine Taschenuhr.

Am Donnerstag, den 22. Dezember 2011, wurde ihm durch PHK Kessler, Dienststellenleiter der Pst. Bad Orb, auf seiner Dienststelle die Ruhestandsurkunde überreicht.

Alle Kollegen der Pst. Bad Orb sowie die Kollegen der Kreisgruppe Main-Kinzig wünschen Peter Schwan alles Gute, Gesundheit und eine schöne Zeit mit seiner Familie.

Udo Manz
Kreisgruppe Main-Kinzig



Udo Manz übergab ihm nach 39 jähriger Mitgliedschaft im Namen der GdP, Kreisgruppe Main-Kinzig, als Abschiedsgeschenk eine Taschenuhr.

Pensionärsweihnachtsfeier der GdP Main-Kinzig

Am 08. Dezember hatten die Verantwortlichen traditionell zur Weihnachtsfeier in den Räumen des Polizeisportvereins Grün-Weiß nach Hanau eingeladen.

Der Seniorenvertreter, Norbert Tumbrägel, war erfreut über den guten Zuspruch, den alljährlich diese Veranstaltung findet und hoffentlich weiterhin finden wird.

Er musste von den Verhinderungen von Peter Happ und Thorsten Pfeiffer berichten, die beide die herzlichsten Grüße an die Gäste richten ließen. Sodann konnte er in seiner Ansprache von Aktivitäten aus dem Bundes und Landesvorstand berichten.



Markus Hüschenbett (links) und Gerhard Lehmann (rechts) geben aktuelle Infos aus den verschiedenen Gremien der GdP.

Auch in der eigenen Kreisgruppe gab es verschiedene Aktivitäten. Explizit genannt wurde das Sommerfest der Seniorinnen/Senioren am Campingplatz Neumüh-



Norbert Tumbrägel gibt einleitend einige Hinweise und begrüßt die Teilnehmer.

le in Niedermittlau und die Herbstfahrt mit erneut zwei fast voll besetzten Bussen nach Heidelberg. Er ging auch auf die anstehende Beihilfeänderung ein, die zu diesem Zeitpunkt, fast tagaktuell, erst einmal bis zum 01.07.2012 auf Eis gelegt wurde. Er berichtete von einer Podiumsdiskussion, zum Thema Beihilfe, am 28.11.2011 in Wiesbaden. Hier begründeten die Landtagsparteien ihre Standpunkte. Sie konnten dabei wenig überzeugen. Unser im Beihilferecht besonders fachkundige Ewald Gerk, der diese Veranstaltung moderierte, sagte zum Abschluss zutreffend in Richtung Politik, dass die Beihilfe kein Geschenk sei, sondern die Beihilfe sei der Arbeitgeberanteil des Dienstherrn.

Auch unser freigestelltes Personalratsmitglied Markus Hüschenbett konnte über Aktuelles aus seinem Bereich berichten. Es waren hier insbesondere die personellen Veränderungen auf den einzelnen Dienststellen. In einem Ausblick auf das Jahr 2012 wies er insbesondere



Ein rundum gelungener Nachmittag.

hin auf die anstehende Jahreshauptversammlung im April im Tümpelgarten.

Wenig Gutes konnte er über die von dem Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller geführten Verhandlungen zu den Einkommensverbesserungen bei den Pensionären berichten. Erfreut zeigten sich die Gäste auch über den Besuch von Gerhard Lehmann. Obwohl er noch eine weitere Weihnachtsfeier an diesem Tage hatte, ließ

er es sich nicht nehmen, aktuell über die Arbeit im Landes seniorenvorstand der GdP zu berichten.

Nach den Einführungen bot sich die Gelegenheit für alle Anwesenden sich über die gemeinsamen aktiven Zeiten zu unterhalten und neue Kontakte zu knüpfen. Es gab auch die Möglichkeit persönlich betreffende Fragen zu stellen und zu klären.

So verging die Zeit wieder recht schnell und alle hatten die Gelegenheit sich noch mit verschiedenen informativen Broschüren und Kalendern einzudecken. Unser Dank gilt auch dem Vorstandsmitglied Ivo Schmitt und dem Jungpensionär Peter Born, die für die organisatorischen Belange Verantwortung zeichnen; sie wurde erneut mit Bravour gelöst.

GdP Main-Kinzig

Abschied von Karl-Ferdinand Fritz

Mit großer Betroffenheit haben wir die traurige Nachricht vernommen, dass unser liebgewonnener Pensionär, Karl-Ferdinand Fritz, kurz vor seinem 96. Geburtstag von uns gegangen ist.

„Ferdì“ wie er in unserem Kreise liebevoll genannt wurde, verstarb am Freitag, 27.01.2012 an den Folgen eines häuslichen Sturzes, von dem er sich trotz einer Operation nicht mehr erholte.



† Karl-Ferdinand Fritz

für das Jubelpaar ein unvergesslicher Tag wurde.

Ferdis Sohn, Herr Prof. Dr. Roland Fritz, M.A., Präsident des Verwaltungsgerrichts

Frankfurt am

Main dankte im Anschluss, im Namen seiner Mutter und der gesamten Familie, den Trauergästen für deren Kommen und das Mitgefühl.

„Was bleibt, ist Dankbarkeit ihn gekannt zu haben, was bleibt ist Mitgefühl um den Verlust. Was kommt weiß niemand. Aber möge etwas Gutes kommen — das wünschen wir Dir von ganzem Herzen!“

In tiefer Anteilnahme

Kreisgruppe Main-Kinzig

Er trat nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im Jahre 1946 in den Polizeidienst ein und gehörte bis zu seiner Pensionierung 1976 der Polizeidirektion Hanau an. Seit Januar 1954 war er Mitglied der Gewerkschaft der Polizei.

Vor genau einem Jahr, durften wir mit Ferdi und seiner lieben Gattin Trudel noch deren Gnadenhochzeit feiern, was nicht nur

BZG Südosthessen

Vorankündigung: Herbstausflug 2012

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schon heute darf ich Euch bekannt geben, dass der diesjährige Ausflug der Bezirksgruppe Südosthessen am 08.09.2012 stattfinden wird.

Wir reisen in das fränkische Rom. Genau wie das Original in Italien ist diese Stadt auf sieben Hügeln errichtet. Sie hat den größten unversehrt gebliebenen historischen Stadtkern in Deutschland. Außerdem ist die Altstadt seit 1993 als Weltkulturerbe eingetragen.

Sie liegt im Maintal zwischen dem Naturpark Steigerwald und dem Naturpark Fränkische Schweiz.

Wir werden nach einen ausgiebigen Frühstück wieder eine unterhaltsame Stadtführung erleben, ausreichende Zeit für eigene Wünsche haben, erneut eine über einstündige Schifffahrt genießen dürfen und in einem Lokal in der näheren Heimat einen gemütlichen Abschluss haben.

Die endgültige Einladung und die Anmeldung werden im nächsten Polizeireport veröffentlicht.

Bezirksgruppe Südosthessen/NT

Heribert Jantke und Bernhard Adler in der Freistellungsphase der Altersteilzeit

Die beiden Urgesteine bei den Zentralen Diensten traten mit Ablauf Januar vom aktiven Dienst in die wohlverdiente Freistellungsphase über. Im Kreise ihrer engsten Kolleginnen und Kollegen und beruflichen Wegbegleitern verabschiedeten sie sich in bester Feierlaune.

So ließ es sich Heribert Jantke nicht nehmen, die Arbeitskolleginnen und Kollegen zu einem gelungen Abschiedsfest in Sportlerheim nach Sickels einzuladen. Bei leckerem Essen und kühlen Getränken blickte man gemeinsam mit ihm auf seine lange berufliche Zeit als Angestellter zurück und in so manchen Gesprächen erinnerte man sich an viele berufliche Ereignisse und Gesehnisse.

Auch Bernhard Adler lud seine Mitstreiter/-innen ins Bürgerhaus nach Welkers ein. Als amtierender Faschingsprinz legte er Wert darauf, dass keine Abschiedsreden gehalten werden sollten, sondern die Vorträge gesungen vorgetragen wur-

Für beide Personen gilt, dass sie im Kollegenkreis überaus beliebt und geschätzt sind. Neben ihrer Fachkompetenz als RBS'ler und Aktenhalter zeichnete sich beide besonders durch ihre Hilfsbereitschaft und Kollegialität aus.

Von Seiten der GdP und des Personalrats gebührt zudem den Beiden ein besonderer Dank für ihre geleistete Arbeit. So war Heribert über zwei Jahrzehnte Mitglied im Personalrat und arbeitet fast genauso lange im Kreisgruppenvorstand aktiv mit. Auch Bernhard ist seit über einem Jahrzehnt im Kreisgruppenvorstand Mitglied und war über all die Jahre Nachrücker für das Personalratsgremium. In diesen Funktionen setzten sie sich nachdrücklich für die Interessen und Belange unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbstlos und uneigennützig ein. Von der GdP erhielten beide ein kleines flüssiges „Abschiedsgeschenk“.



Abschied vom aktiven Dienst nahm Heribert Jantke. Thomas Scheunert (links) und Ewald Gerke (Bildmitte) gratulieren dem langjährigen Wegbegleiter Heribert Jantke (rechts) zum nun beginnendem dritten Lebensabschnitt.



Ersichtlich erfreut ist Bernhard Adler. In der Bildmitte ist seine Ehefrau Margot und Brunhilde Münkel (rechts).

den. Leider hielt oder konnte sich nicht jeder an diesen Wunsch halten. Aber genau wie bei Heriberts Verabschiedung kam bei allen Gästen gute Stimmung auf.

Wir bedanken uns an dieser Stelle nochmals für ihre Treue und Solidarität bei Heribert und Bernhard und wünschen ihnen für den neuen Lebensabschnitt alles Gute und viel Gesundheit.



Thorsten Krause (rechts) wünscht Heribert Jantke (links) alles Gute für die beginnende Freistellungsphase.

Thomas Scheunert
KG Fulda



Zum Abschied erhielt Bernhard Adler den Abschiedsorden der GdP. Ein einmaliges Unikat, das von Steffen Reinel entworfen wurde.

„Tu was“ - GdP Sternfahrt für mehr Zivilcourage

Die Menschen zu sensibilisieren, nicht wegschauen, nicht ignorieren und nicht kneifen, war der Gedanke, den die GdP favorisierte, um durch diese beispiellose Aktion in die Öffentlichkeit zu transportieren und damit die Zivilcourage wieder in den Focus der Mitmenschen zu bringen.

In drei Etappen (Nord, Mitte Süd) wurden durch die Teilnehmer jeweils ca. 600 Kilometer zurückgelegt, Die letzte Etappe wurde von allen Teams gemeinsam von Potsdam nach Berlin gefahren und endete mit einer großen Kundgebung am Brandenburger Tor.

Die Südroute führte in der ersten Augustwoche 2011 von Bayreuth, Erfurt, Potsdam nach Berlin. Sie hat ca. 620 Gesamtkilometer, wobei insgesamt 4900 Höhenmeter zu bewältigen waren.

Völlig offen für das, was uns in dieser Woche erwartete, trafen sich ein Teil der Teilnehmer und Betreuer dieser Route bereits am Vorabend in der Unterkunft der Bundespolizei in Frankfurt. Nach der Begrüßung durch Jörg Bruchmüller, erfolgte das Verladen des Gepäcks und dem wichtigsten Equipment dieser Tour, nämlich der hochwertigen Rennboliden.

Das Volkswagenwerk unterstützte diese Tour mit geeigneten Fahrzeugen, die jedoch direkt auf dem Werksgelände in Hannover übernommen werden mussten.

Wir fuhren in den malerischen Abendhimmel und erreichten am späteren Abend die Bundespolizeiabteilung in Bayreuth.

Bei der Zimmerzuteilung und dem Empfang der Bettwäsche fühlten wir uns um Jahrzehnte zurückversetzt und so manche Erinnerungen an die Ausbildungszeit in der Bereitschaftspolizei wurden wach. Nach einer kurzen Nacht und dem leckeren Frühstück in der Kantine begrüßten uns die GdP-Kollegen der Bundespolizei sowie unser



Das Finale vor dem Brandenburger Tor.

Tour-Guide Winfried Schiller (Winni). Den Startschuss gaben der stv. Bundesvorsitzende Jörg Radek, der Leiter der Bundespolizeiabteilung Bayreuth, POR Reiner Weber und der Kreisgruppenvorsitzende Reiner Hautmann.

Nach einigen Hinweisen wurde aufgesessen und wir verließen Bayreuth in Richtung Berlin.

Eigens für die Tour war die Radbekleidung entworfen worden, die zum Blickfang für die Öffentlichkeit wurde. Maßgeblichen Anteil am Entwurf und Design hatte unsere Kollegin Tanja Lippert vom PP Frankfurt.

Vielfache Gelegenheiten zur Präsentation und Gesprächen mit den Bürger/-innen ergaben sich auf der Tour.

Die medienwirksamen Stopps in den größeren Städten waren in der Vorbereitung festgelegt worden und sollten wie schon erwähnt Gelegenheit geben, das Motto „Tu was“ in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die Bürger/innen nutzten dabei das Gespräch mit den Teilnehmern, wobei das mitgeführte Infomaterial und Präsente an die Hand gegeben werden konnte.

1. Etappe: Bayreuth - Schleiz

Die erste Etappe führte über das oberfränkische Kulmbach nach Hof und weiter nach Thüringen. Über Saalburg - Ebersdorf ging es nach Schleiz, in das Vogtländische Oberland. Auf der anspruchsvollen Strecke mit 1500 Höhenmetern zeigte sich, dass die Tourteilnehmer bestens vorbereitet waren. Beim ersten Halt in Hof, wurden wir von Herrn Oberbürgermeister Harald Fichter empfangen.

Unser Etappenziel, das Hotel an der legendären Rennstrecke am „Schleizer Dreieck“, erreichten wir mit 120 Kilometern auf dem Tacho.

2. Etappe: Schleiz - Rudolstadt

Am nächsten Morgen saßen die Ungeduldigsten bereits auf ihren Boliden und rollten sich im Frühnebel ein. Übereinstimmend wurde das Angebot unseres Guide angenommen, zum „Warm UP“ eine Runde auf der durchaus anspruchsvollen Rennstrecke zu absolvieren.

Mittlerweile hatte sich die Sonne hervorgekämpft und wir nahmen die zweite Etappe in Angriff, die uns durch die wunderschönen Landschaften Thüringens über Saalfeld an der Saale nach Rudolstadt führte.

In Rudolstadt angekommen, steuerten wir das etwa drei Kilometer vom Stadtkern entfernt gelegene Panoramahotel an. Jedoch holte der ca. 2,5 Kilometer lange Anstieg zum Hotel das „Letzte“ aus den Sportlern heraus.

3. Etappe: Rudolstadt - Naumburg

Die 3. Etappe begann bei strahlendem Sonnenschein und angenehmen Temperaturen. Nach dem allmorgendlichen „Rad Check“ traten wir die 130 Kilometer lange Tour an. Heute waren 1200 Höhenmeter zu bewältigen.

Im Verlauf dieser Tour, trafen wir mit den Teilnehmern der Südwestroute zusammen, die von Frankfurt gestartet war.

Um größere Verkehrsprobleme zu vermeiden wurde die Entscheidung, beide Gruppen in zeitlichem Abstand auf die Weiterreise zu schicken umgesetzt, um dann vor Naumburg wieder zusammenzutreffen und gemeinsam zum Rathaus zu radeln, wo wiederum ein Empfang stattfand.

4. Etappe: Naumburg–Dessau



Vor dem Start.

Die mit 101 Kilometern und ca. 350 Höhenmetern als „Flachetappe“ zu bezeichnende Strecke, wurde bei leichtem Regen gestartet, der glücklicherweise schon bald nachließ und wir rollten in Richtung Halle/Saale.

In Halle angekommen, waren die Vorbereitungen für die Kundgebung auf dem Rathausplatz schon in vollem Gange. Diese wurde wegen des erneut einsetzenden Regens, in das Innere des Rathauses verlagert. Anschließend ging es weiter in Rich-

tung Dessau, wo wir im Grand City Parkhotel unser Etappenquartier bezogen.

5. Etappe: Dessau – Potsdam



Der OB der Lutherstadt Wittenberg, Eckhard Naumann begrüßte uns herzlich und überreichte neben dem Wappen der Stadt auch ein T-Shirt mit dem Aufdruck „These 96 – Höre nie auf Quer zu denken“ und erhielt dafür im Gegenzug den begehrten Polizei Teddy.

Der Himmel war dicht verhangen und es hatte bis zum Frühstück noch in Strömen geregnet. Doch bis zum morgendlichen „Appell“ ließ der Regen wieder nach. Die Streckenführung mit einem Profil mit etwa 500 Höhenmeter und ca. 110 Kilometern versprach wie am Vortag ein „erholsames Cruisen“, wenn man diese mit den ersten drei vorausgegangen Etappen verglich.

Die Etappe endete in Potsdam, im dortigen Kongresshotel, bei herrlichem Sonnenschein.

Schlussetappe: Potsdam – Berlin

Die Räder wurden noch einmal auf Hochglanz gebracht und die aufgeregte Schar der Sportler und Betreuern versammelte sich im Innenhof des Hotels. Die Berliner Kollegen waren mit der Kradstaffel und Begleitfahrzeugen angerückt, da von der Polizeiführung polizeiliche Begleitung angeordnet worden war. Ein beeindruckender „Tross“ setzte sich in Bewegung und die Kollegen der Kradstaffel zeigten immer wieder ihr furioses, fahrerisches Können, um die unzähligen Kreuzungen und Einmündungen zu sperren

und so ein gefahrloses Durchrollen der Radsportler und Begleitfahrzeuge zu ermöglichen.

Ein grandioses Bild bot sich Passanten und Verkehrsteilnehmern, als wir in den Straßen der Bundeshauptstadt auf das Brandenburger Tor zurollten und viele blieben erstaunt bei diesem, auch für Berliner Verhältnisse nicht alltäglichem „Spektakel“ stehen.

Trotz seiner Zusage, die Teilnehmer der Sternfahrt zu begrüßen, kam der Regierende Bürgermeister Berlins, Herr Wowereit dieser nicht nach. Die Grußworte der Polizeiführung richtete Polizeivizepräsidentin Margarete Koppers aus und untermauerte die Bedeutung unserer Tour, die nicht nur seitens der Berliner Kollegen, Anerkennung und Unterstützung finde.

Ich habe in den vergangenen Jahren an vielen sportlichen Veranstaltungen teilgenommen, sei es im Radsport oder an Wettkämpfen im Triathlonsport.

Dieses erhebende Gefühl jedoch, mit gleichgesinnten Kollegen/innen, auf dem Rad durch die Alleen Berlins bis zum Brandenburger Tor zu rollen und dabei den gemeinsamen Gedanken und das Thema: „TU WAS für mehr Zivilcourage“ so zu veranschaulichen, war für mich absolutes Neuland und ich bin dankbar, glücklich und stolz, dabei gewesen sein zu dürfen. Es hat mich tief berührt und ich werde diese „Tour“ nie vergessen.

Ivo Schmitt
Hanau

Mit einer starken GdP auf Erfolgskurs